

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 2

Februar 1952

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Auswirkungen der Stabilisierungspolitik auf Umsätze, Preise und Beschäftigung — Abbau des Budgetdefizits durch Einschränkung der öffentlichen Investitionen

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze; Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1951 — Arbeitslage; Änderung der Berufssystematik in der Arbeitslosenstatistik — Verkehr; Die Erhöhung der Mineralölsteuer und ihre Auswirkungen — Außenhandel; Die Zahlungsbilanz 1951

Die Industrieproduktion im Jahre 1951

Volumen und Preise im Außenhandel 1951

Stagnierende Viehhaltung in Österreich

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Auswirkungen der Stabilisierungspolitik auf Umsätze, Preise und Beschäftigung — Abbau des Budgetdefizits durch Einschränkung der öffentlichen Investitionen

Die Stabilisierungsbemühungen der österreichischen Wirtschaftspolitik beginnen sich bereits sichtbar auszuwirken. Im Einzelhandel, aber auch in wichtigen Konsumgüterindustrien, stockt der Absatz stärker, als saisongemäß zu erwarten war; die Preise beginnen — vielfach allerdings nur zögernd — zu sinken. Eine Reihe von Betrieben war gezwungen, Arbeitskräfte zu entlassen, oder ging zu Kurzarbeit über.

Diese Entwicklung verdient um so stärkere Beachtung, als das *Geld- und Kreditvolumen* nach wie vor zunimmt. Wohl ist das dem Abkommen vom Oktober 1951 unterworfenen Kreditvolumen (kommerzielle Kredite mit Ausnahme von Exportkrediten und Erntefinanzierungskrediten) von Ende Oktober bis Ende Dezember 1951 um 349 Mill. S zurückgegangen. Auch das gesamte Kreditvolumen hat im IV. Quartal 1951 mit 776 Mill. S weniger zugenommen als im III. Quartal (1.291 Mill. S). Im Jänner 1952 wurden jedoch wieder 265 Mill. S neue Kommerzkredite gewährt, um 39 Mill. S mehr als im Monatsdurchschnitt 1951. Weiters ist bemerkenswert, daß die saisonübliche Entlastung der Notenbank im Jänner und Februar so gut wie ausblieb. Während der Noten-

umlauf im November und Dezember 1950 nur um 426 Mill. S stieg und im Jänner und Februar 1951 aber wieder um 341 Mill. S zurückging, betrug die Zunahme zu Jahresende 1951 706 Mill. S, der darauffolgende Rückgang im Jänner aber nur 63 Mill. S. Im Februar hat der Notenumlauf neuerlich um 208 Mill. S zugenommen.

Daß sich dennoch auf zahlreichen Konsumgütermärkten Absatzschwierigkeiten einstellen, beruht offenbar auf einer Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Ein wachsender Teil der Bevölkerung rechnet damit, daß mit Hilfe der Stabilisierungsmaßnahmen und dank dem weiteren Sinken der Weltmarktpreise auch in Österreich der Höhepunkt der inflationistischen Entwicklung überschritten wurde. Während es bisher ratsam erschien, das gesamte Einkommen auszugeben, die *Barreserven* möglichst niedrig zu halten und Schulden zu machen, stellt sich langsam wieder das Bedürfnis ein, Geld zu besitzen. Nicht unbedingt notwendige Ausgaben werden aufgeschoben, und Unternehmer und Verbraucher bemühen sich, durch Erhöhung der Kassenhaltung wieder eine größere Dispositions-

freiheit zu gewinnen. Solche psychologische Reaktionen begleiten stets den Übergang von einer inflationistischen Entwicklung zu stabilen Währungsverhältnissen. Sie sind naturgemäß nur von kurzer Dauer und werden nach einigen Monaten — wenn die Lager im Einzelhandel erschöpft und die Liquiditätsreserven wieder aufgefüllt sind — von einer neuen Belebung der Nachfrage abgelöst.

Die augenblicklichen konjunkturdämpfenden Erscheinungen sind daher — nach Jahren fieberhafter Anspannung — eher ein Symptom der Gesundheit, als ein Grund zu ernster Besorgnis, wenn die Wirtschaftspolitik nur genügend behutsam den Stabilisierungsprozeß steuert.

Die Umsätze im Einzelhandel sind im Jänner mit 55% nicht stärker zurückgegangen, als saisonmäßig erwartet werden konnte. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Geschäftsgang im Einzelhandel schon seit Beginn der Preissenkungsaktion schlechter ist, als der Saison entspricht, während die Produktion eher zugenommen hat. Der wachsende Angebotsdruck auf den Konsumgütermärkten läßt sich nicht zuletzt daran ermessen, daß die Mengenumsätze im Jänner 1952 im Durchschnitt um etwa 15% niedriger waren als im Jänner 1951 — an Textilien wurde mengenmäßig sogar um 40%, an Schuhen und Möbel um 30% weniger abgesetzt —, während die Produktion gewerblicher Konsumgüter binnen Jahresfrist um etwa 10 bis 15% gestiegen ist.

Unverkennbar beginnt nunmehr auch der Einzelhandel vorsichtig zu disponieren und verkauft zunächst seine Lagerbestände, ehe er neue Ware bestellt. Dadurch wird der Nachfragerückgang im Einzelhandel übersteigert an die Konsumgüterindustrien weitergegeben. Die Bundessektion Industrie meldet für Jänner einen vielfach über das Saisonausmaß hinausgehenden Nachfragerückgang in den Konsumgüterindustrien, der in Zweigen mit bisher vorherrschendem Verkäufermarkt (wie z. B. in der papierverarbeitenden Industrie) nur den Nachfrageüberschuß beseitigte oder milderte, in anderen Zweigen hingegen, wo schon bisher Angebot und Nachfrage einander weitgehend die Waage hielten, Absatzstockungen auslöste, wie z. B. in der Eisenwaren- und Metallwaren-, der Radio-, Seifen-, Waschmittel-, Möbel-, Schuh- sowie in Teilen der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Besonders schwierig ist die Lage in Betrieben und Branchen, die gleichzeitig mit Exportschwierigkeiten zu kämpfen haben. Die *Ausfuhr* ist wohl im Jänner etwas weniger zurückgegangen, als saisonmäßig zu erwarten war (der saisonbereinigte Index stieg um 18%, obwohl die Wertumsätze um 150 Mill. S

zurückgingen). Das relativ günstige Ausführergebnis ist jedoch vorwiegend hohen Exporten von Stickstoffdünger, Eisen und Stahl zu verdanken, deren Absatz bekanntlich durch eine Sonderkonjunktur gesichert ist. Hingegen erlitt die Ausfuhr von Textilien und Bekleidungsgegenständen, die zur Zeit auch im Ausland schwer abgesetzt werden können, einen empfindlichen Rückschlag. Im Jänner wurden — bei weitaus höheren Preisen — wertmäßig weniger Textilien und Bekleidungsgegenstände exportiert als im Monatsdurchschnitt 1950; die monatliche Ausfuhrmenge von 1951 konnte bei weitem nicht erreicht werden. Aber auch bei anderen Konsumfertigwaren, z. B. bei Eisen- und Metallwaren stockte der Export teils wegen Importbeschränkungen in den bisherigen Bezugsländern, teils wegen Sinkens der Preise im Ausland.

Es konnte noch nicht berechnet werden, inwieweit die Absatzstockungen seit Neujahr auf die *Industrieproduktion* zurückwirken. Der Rückgang der Industrieproduktion um 18% im Dezember dürfte wohl vorwiegend Saisoncharakter haben und teils auf Witterungseinflüsse, teils auf die hohe Zahl von Feiertagen zurückzuführen sein. Für Jänner sind erst einige Produktionsdaten aus den Produktionsmittelindustrien verfügbar, die im allgemeinen eine leichte Produktionszunahme erkennen lassen (eisenschaffende Industrie + 1'4%, Bergbau + 6%). Daraus kann jedoch noch nicht auf die Entwicklung der Gesamtproduktion geschlossen werden, da die Investitionsgüterindustrien — sofern sie nicht vom Saisonrückgang im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen werden — meist noch gut beschäftigt und auf längere Sicht mit Aufträgen eingedeckt sind. In einigen Konsumgüterindustrien hingegen dürfte, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, die Produktion mit Rücksicht auf den flauen Absatz bereits im Jänner und vor allem im Februar gedrosselt worden sein.

Während im Vorjahr der Höhepunkt der *Winter-Arbeitslosigkeit* bereits Mitte Jänner erreicht worden ist, stieg heuer die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden noch im Februar um 17.800. Ende Februar waren 215.200 Personen oder 10'3% des verfügbaren Angebotes an unselbständigen Arbeitskräften arbeitslos. Außerdem sind einige tausend Arbeitskräfte nur in Kurzarbeit beschäftigt.

Die Zunahme der Gesamtzahl an Arbeitslosen allein läßt noch nicht auf eine Konjunkturabschwächung schließen, da der Höhepunkt der Saisonarbeitslosigkeit meist erst Ende Februar erreicht wird. Der Rückgang im Vorjahr war in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Außerdem war die Arbeitslosigkeit noch immer um 2'6% niedriger als im Höhepunkt des

Vorjahres. Bemerkenswert ist jedoch, daß nur 6.000 oder knapp 25% der im Februar entlassenen Personen zuletzt im Bau- und Baunebengewerbe beschäftigt waren. Der überwiegende Teil entfiel auf Entlassungen in typischen Konsumgüterindustrien, wie der Textil-, Metallwaren- und Holzverarbeitenden Industrie, und kann nicht mit Saisoneinflüssen erklärt werden. Vereinzelt mögen wohl Rohstoffschwierigkeiten eine Rolle gespielt haben. Entscheidend waren jedoch zweifellos Exportschwierigkeiten sowie der übersaisonmäßige Nachfragerückgang auf den heimischen Konsumgütermärkten. Sie wirkten sich nicht zuletzt deshalb rasch in Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit aus, weil viele Betriebe nicht über ausreichende liquide Mittel verfügten, um auf Lager zu produzieren. Es mag aber auch Betriebe geben, die einfach auch auf längere Sicht ihre Absatzchancen pessimistisch beurteilen.

Der stärkere Angebotsdruck auf den Konsumgütermärkten beginnt auch die *Preise* zu beeinflussen. Erstmals seit Beginn der Stabilisierungsbemühungen sind von Mitte Jänner bis Mitte Februar die wichtigsten Preisindizes leicht zurückgegangen. Der Großhandelspreisindex sank um 1% (von 838 auf 830; 1938 = 100), der Kleinhandelspreisindex um 0,3% und der Lebenshaltungskostenindex des Institutes nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema um 0,9% (von 708,2 auf 701,6). Im ganzen besteht der Eindruck, daß die Preise nur zögernd und erst unter dem Druck stärkerer Absatzstockungen gesenkt werden.

Der weitere Erfolg der Stabilisierungsbemühungen hängt in hohem Maße davon ab, ob es gelingt, die akute *Budgetkrise* zu meistern. Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1952 sah bekanntlich Gesamtausgaben (einschließlich Investitionen) von 19,7 Mrd. S vor, denen nur 18,7 Mrd. S laufende Einnahmen gegenüberstanden. In den Einnahmen war jedoch bereits eine Erhöhung der Bundesbahntarife um 1 Mrd. S sowie einiger kleinerer Steuern und Abgaben einkalkuliert, während die Ausgaben nur 700 Mill. S für Importsubventionen enthielten, obwohl pro Jahr etwa 1,2 Mrd. S auflaufen. Tatsächlich betrug daher das Defizit auf Basis der zu Jahresbeginn geltenden Steuersätze und Tarife nicht 1,0 Mrd. S, sondern 2,7 Mrd. S oder 13% der geplanten Gesamtausgaben von 20,2 Mrd. S (einschließlich der nicht budgetierten zusätzlichen Subventionen von 500 Mill. S).

Begreiflicherweise will man unbedingt davon Abstand nehmen, dieses Defizit durch zusätzliche Geldschöpfung oder — was das gleiche bedeutet — aus Counterpart-Erlösen der Vorjahre zu finanzieren. Würden tatsächlich 2,7 Mrd. S mehr Kaufkraft in die Wirtschaft gepumpt, als von der öffentlichen Hand

durch Steuern und Tarife aus dem Einkommenskreislauf herausgezogen werden, so wären die gegenwärtigen Stabilisierungsbemühungen binnen kurzem zum Scheitern verurteilt. Aber auch mit laufenden Counterpart-Eingängen des Jahres 1952 kann kaum gerechnet werden. Diese werden ja dringend für die Vollendung wichtiger Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Energiewirtschaft sowie in der Papierindustrie benötigt.

In dieser Situation bemüht sich der Finanzminister der scheinbar unentrinnbaren Alternative: entweder zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen oder die Ausgaben drastisch zu senken, auf einem mittleren Wege auszuweichen. Er beschränkt sich darauf, die laufenden Einnahmen nur mäßig zu erhöhen; eine stärkere Erhöhung der Steuern und Tarife würde nicht nur die vorläufig überwiegend von psychologischen Faktoren getragenen Stabilisierungstendenzen empfindlich stören, sondern direkt oder indirekt (im Wege von Preiserhöhungen) auch das Realeinkommen senken und damit neue Lohnforderungen auslösen. Die geplante Neuregelung der Gütertarife der Bundesbahnen wird daher nur 750 Mill. S pro Jahr bringen, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, 1 Mrd. S. Außerdem wurden bereits im Februar einige Zölle und der Aufbauschlag zur Mineralölsteuer erhöht. Diese Maßnahmen lassen im Jahre 1952 Mehreinnahmen von zusammen rund 800 Mill. S erwarten. Selbst wenn der Ertrag der übrigen Steuern und Abgaben im Voranschlag etwas unterschätzt worden sein sollte, werden die veranschlagten Ausgaben die erwarteten Einnahmen noch immer um mindestens 1,5 Mrd. S übersteigen.

Dieses ungefähr auf die Hälfte verminderte Defizit soll durch Kürzung der Ausgaben beseitigt werden. Da die laufenden Ausgaben kurzfristig nur schwer gedrosselt werden können und auch die Ausgaben für soziale Zwecke weitgehend starr sind, blieb zunächst kaum eine andere Möglichkeit, als die Investitionen zu kürzen. Tatsächlich wurden sämtliche Baukredite um 20% vermindert, weitere 10% blockiert und die Bundesbahnen zu Einsparungen angehalten. Auf diese Weise hofft man, Ausgaben und Einnahmen annähernd ins Gleichgewicht zu bringen.

Ergänzend zu den Sanierungsmaßnahmen im Budget soll grundsätzlich auch eine Umschichtung der Investitionen von langfristigen, „konsumfernen“, auf kurzfristige, „konsumnahe“, angebahnt werden. Ausgehend von der Erwägung, daß es in der gegenwärtigen schwierigen Situation der österreichischen Wirtschaft insbesondere darauf ankommt, den für Export und Konsum verfügbaren Güter- und Lei-

stungsstrom rasch zu steigern, will man die für Investitionen verfügbaren Mittel möglichst kurzfristig anlegen und nicht in langfristigen Projekten binden, deren Nutzung sich oft über Jahrzehnte erstreckt.

Praktisch läßt sich eine solche Umschichtung der Investitionen zunächst nur in sehr bescheidenem Maße realisieren. Nicht nur sind eine Reihe langfristiger Projekte bereits so weit gediehen, daß ihre Vollendung rascher das Güterangebot steigert, als wenn man neue kurzfristige Investitionen begänne. Es darf auch nicht übersehen werden, daß innerhalb bestimmter Grenzen viele von Natur aus langfristige Investitionen für eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur unerläßlich sind. Würde man sie zu stark drosseln, müßte man Produktionsengpässe in Kauf nehmen, mit der Folge, daß auch kurzfristige Investitionen nicht genutzt werden können.

So wichtig es auch ist, zwischen lang- und kurz-

fristigen Investitionen ein optimales Verhältnis zu finden, unmittelbar praktische Bedeutung kommt zunächst nur der Kürzung des Investitionsvolumens zu. Sie wird nicht nur durch die unvermeidlichen Abstriche im Budget erzwungen, sondern auch durch den empfindlichen Rückgang der Counterpart-Eingänge (im Jahre 1952 dürften kaum mehr als 2 bis 2'2 Mrd. S eingehen, gegen 3'6 Mrd. S im Jahre 1951). Der Rückgang der Investitionstätigkeit wird unvermeidlich die Beschäftigungslage beeinflussen. Wenn es auch möglich sein sollte, einen erheblichen Teil der bisher im Inland investierten und nunmehr frei werdenden Investitionsgüter zu exportieren, so muß doch damit gerechnet werden, daß zumindestens im Baugewerbe, das gegenwärtig $3\frac{1}{4}$ mal so viel Arbeitskräfte beschäftigt wie vor dem Kriege, die saisonmäßige Belegung langsamer und schwächer als in den Vorjahren einsetzen wird.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Nachdem das Volumen der *kommerziellen Kredite* im Dezember etwas zurückgegangen war – offenbar, weil auf Grund von ERP-Freigaben kommerzielle Kredite in Aufbaukredite umgewandelt wurden – nahm es im Jänner wieder stärker, um 265 Mill. S auf 11.381 Mill. S, zu. Die Kreditausweitung war größer als im Monatsdurchschnitt 1951 (226 Mill. S).

Der Expansion der kommerziellen Kredite standen allerdings im Jänner starke restriktive Kräfte gegenüber. Unter ihnen ist vor allem eine erhebliche Zunahme der Spareinlagen (um 184 Mill. S auf 2.459 Mill. S) zu erwähnen. Restriktiv wirkte weiters eine Abnahme des ausgewiesenen Gold- und Devisenbestandes der Notenbank um 102 Mill. S (auf 480 Mill. S) und die Gebarung mit ERP-Counterpart-Mitteln. Die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben üblicher Stellen“ (in der Hauptsache Counterpart-Konten) im Nationalbankausweis hat sich nämlich infolge eines Einzahlungs-Überschusses auf den Counterpart-Konten um 214 Mill. S erhöht, wozu noch 17 Mill. S hinzuzuzählen sind, die für ERP-Industrieinvestitionen – zunächst – von der „Bundesnotenschuld“¹⁾ abgebucht wurden, die dadurch auf 2.013 Mill. S zurückging. Abzuziehen sind jedoch die von den Kreditinstituten gegebenen *ERP-Aufbaukredite*, die sich im Jänner um 57 Mill. S erhöhten. Es ergibt sich so ein restriktiver Nettoeffekt der Gebarung mit Counterpart-Mitteln im Jänner in Höhe von 174 Mill. S.

Saldiert man die angeführten expansiven und restriktiven Faktoren, so hätte das *zirkulierende Geldvolumen* (Notenumlauf plus nicht Kreditinstituten gehörende freie Nationalbankgiroguthaben, plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten) im Jänner um 195 Mill. S sinken müssen. Tatsächlich betrug der Rückgang aber 431 Mill. S (auf 17.081 Mill. S). Der *Banknotenumlauf* sank um 63 Mill. S (auf 7.969 Mill. S), die *freien Verbindlichkeiten* und die *Scheckkonten* gingen um 200 Mill. S bzw. 168 Mill. S zurück. Es verbleibt demnach ein unaufgeklärter Saldo der restriktiven Faktoren in Höhe von 236 Mill. S, der darauf zurückzuführen ist, daß obige Gegenüberstellung nicht alle den Geldumlauf beeinflussenden Faktoren erfaßt. Die außergewöhnliche Höhe dieser unaufgeklärten Differenz sowie der Umstand, daß zwei der wichtigsten nicht erfaßten restriktiven Faktoren – nämlich die Verminderung der Kassenbestände der Kreditinstitute und die Rücklösung von Schatzscheinen durch den Bund – wegen der Liqui-

¹⁾ „Forderung an den Bundesschatz“ im Nationalbankausweis.

ditatsvorschriften der Kreditinstitute und der angespannten Kassenlage des Bundes keine Bedeutung gehabt haben können, deutet jedoch auf einmalige über den Rahmen des normalen Geschäftsbetriebes hinausgehende Banktransaktionen hin, wie etwa eine starke Verminderung der Wertpapierbestände der Kreditinstitute oder eine sprunghafte Erhöhung der Zwischenbankverflechtung.

Expansive und restriktive Faktoren der Geldvolumenentwicklung im Jänner 1952¹⁾

	Mill. S
<i>Expansiv (+)</i>	
Expansion des kommerziellen Kreditvolumens	+ 265
<i>Restriktiv (–)</i>	
Zunahme der Spareinlagen	– 184
Abnahme des Gold- und Devisenbestandes der Nationalbank	– 102
Nettoeffekt der Gebarung mit Counterpart-Mitteln ²⁾	– 174
	– 460
Differenz zwischen expansiven und restriktiven Faktoren	– 195
Tatsächliche Geldvolumenabnahme	– 431
Unaufgeklärter Saldo	– 236

¹⁾ Auf Grund vorläufiger Zahlen der Nationalbank. – ²⁾ Veränderung der zeitweilig gesperrten Verbindlichkeiten an übliche Stellen plus Veränderung der Bundesnotenschuld plus Veränderung des Aufbaukreditvolumens.

Die gleiche Diskrepanz ergibt sich aus der Analyse der Finanzierung der Kreditexpansion im Jänner. Aus der Einlagenbewegung haben die Kreditinstitute im Jänner per Saldo nur 17 Mill. S an neuen Mitteln erhalten, da die außergewöhnlich hohe Spareinlagenzunahme durch den Rückgang der Scheckeinlagen zum Großteil kompensiert worden ist. Außerdem hoben die Institute von ihren freien Nationalbankgiroguthaben 321 Mill. S ab und ließen sich von der Notenbank Aufbauwechsel für 22 Mill. S und Besatzungskostenschatzscheine für 38 Mill. S eskontieren. Insgesamt sind ihnen im Jänner auf diese Weise 398 Mill. S zugeflossen. Ausgegeben haben sie jedoch 634 Mill. S, und zwar 265 Mill. S für kommerzielle Kredite, 57 Mill. S für Aufbaukredite und 312 Mill. S für die Rücklösung von Handelswechseln und § 27 WSchG-Schatzscheinen von der Nationalbank. Sie müssen daher 236 Mill. S aus anderen Quellen finanziert haben.

Finanzierung der Kreditexpansion im Jänner 1952

	Mill. S
<i>A. Zugeflossene Mittel</i>	
Eskont von Aufbauwechseln (durch die Nationalbank)	22
Eskont von Besatzungskostenschatzscheinen (durch die Nationalbank)	38
Abhebung von den freien Giroguthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank	321
Einlagenzuwachs	17
	398
<i>B. Verwendung</i>	
Rücklösung von eskontierten Handelswechseln	273
Rücklösung von eskontierten § 27 WSchG-Schatzscheinen	39
Kreditvolumenausweitung	322
	634
ubersch (unaufgeklärter Saldo) der Verwendungen über die neu zugeflossenen Mittel	236

Das Bild des *Kapitalmarktes* war im Jänner und bis Mitte Februar durch das bereits erwähnte übersaisonnmäßige Steigen der *Spareinlagen* und durch Kursrückgänge bei festverzinslichen Werten gekennzeichnet. Die Bedeutung der Spareinlagenzunahme darf allerdings nicht überschätzt werden. Insbesondere wäre es verfrüht, sie schon als Zeichen eines wiederhergestellten Vertrauens des Publikums in die Wertbeständigkeit der Währung zu werten. Einmal nehmen die Spareinlagen im Jänner immer stark zu¹⁾. Zwar überschreitet die Zunahme im Jänner 1952 jene des Jännerdurchschnittes 1949, 1950 und 1951 um 108 Mill. S, aber auch im Jänner 1950 betrug die Zunahme bereits rund 120 Mill. S oder 7·1% der Spareinlagen; heuer betrug sie 8·1%. Nur im Jänner 1951 war die Spareinlagenerhöhung wegen der Korea-Häusse mit 49 Mill. S oder 2·2% sehr niedrig.

Zum anderen läßt der saisonwidrige Rückgang²⁾ der *Scheckeinlagen* im Jänner 1952 vermuten, daß auf Scheckkonten gebuchte Einlagen wegen der neuen Zinsspanne auf Sparkonten übertragen wurden. Diese Umbuchungen³⁾ sind kein zusätzliches Einlagensparen, da die Beträge auch vorher nicht „virulent“ waren. Ferner dürften öffentliche Stellen ihre flüssigen Mittel stärker in kurzfristig gebundene Spareinlagen als in Scheckeinlagen angelegt haben⁴⁾. Schließlich kann die Zinserhöhung bei Spareinlagen auch gehortete Gelder angezogen haben. Aus all diesen Gründen kann die Spareinlagenzunahme im Jänner 1952 noch nicht als Beweis dafür gewertet werden, daß das Publikum nunmehr begonnen habe, langfristig zu sparen. Das schließt nicht aus, daß es seine Liquidität (Barkassenhaltung) in Erwartung weiterer Preisenkungen erhöht, d. h. kurzfristig spart und den Konsum einschränkt. Darüber vermag jedoch nicht die Geld- und Einlagenstatistik, sondern nur eine

¹⁾ Entgegen verschiedenen Aussendungen müssen die Zinsgutschriften auch in diesem Jahr — wie in allen Jahren bisher — im Jännerzuwachs der Spareinlagen enthalten sein. Von dem in den Mitteilungen der Nationalbank ausgewiesenen Zuwachs von 184 Mill. S dürften daher rund 45 Mill. S allein auf Zinsengutschriften entfallen.

²⁾ In den letzten drei Jahren (1949, 1950, 1951) haben die Scheckkonten im Jänner stets zugenommen, im Jänner 1951 sogar um 507·3 Mill. S.

³⁾ Sie sind nicht immer als solche zu erkennen, da sich die Transaktionen zwischen verschiedenen Kreditinstituten abspielen können. Teilweise wurden wahrscheinlich auch Gelder, die sonst auf Scheckkonten eingezahlt worden wären, nun auf Sparkonten eingelegt. In beiden Fällen können neue Sparkonten eröffnet werden, was zeigt, daß die Eröffnung neuer Sparkonten allein nicht einen größeren Hang des Publikums zum Sparen bei Kreditinstituten beweist.

⁴⁾ Die Aufteilung des Einlagenzuwachses nach öffentlichen und privaten Konten liegt noch nicht vor.

genaue Beobachtung der Handelsumsätze und der Einkommensentwicklung Aufschluß zu geben. •

Die *Aktienhaussse* hat sich in der Berichtsperiode weiter fortgesetzt; der Kursindex von 36 Industrieaktien stieg von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 2·4% (von 451·3 auf 462·0; März 1938 = 100). Seit Februar 1951 ist der Teilindex für nicht verstaatlichte Werte um 69·3% (auf 492·9), jener für verstaatlichte Werte um 90·2% (auf 320·5) gestiegen. Die letztgenannte Steigerung war größer, weil eine Lösung des Entschädigungsproblems kaum mehr lange hinausgeschoben werden kann.

Die Kurse *festverzinslicher Werte* erlitten in der Zeit von Mitte Jänner bis Mitte Februar mit Ausnahme der 5%igen Aufbauanleihe 1949, deren Kurs unverändert auf 87 S per 100 S Nominale gehalten wurde, beträchtliche Einbußen. Der Kursindex festverzinslicher Werte sank um 5·0% (von 88·4 auf 84·0; März 1945 = 100), und der Kurs der 2%igen Bundschuldverschreibungen 1947 ging um 6·1% (von 49·50 S auf 46·50 S per 100 S Nominale) zurück. Der Kursfall bei festverzinslichen Werten ist teilweise auf die laufende Aktienhaussse zurückzuführen, teilweise dürfte er aber diesmal auch eine Reaktion auf die neuen Spareinlagenzinssätze sein, welche die bisherige Rendite der festverzinslichen Papiere als zu niedrig erscheinen lassen.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Zum ersten Male seit Beginn der Stabilisierungsbemühungen sind in der Berichtsperiode alle wichtigen Preisindizes gesunken. Außer den freiwilligen Preisenkungen der gewerblichen Wirtschaft wirkten Saisoneinflüsse, das — vielfach spekulative — Nachlassen der Konsumentennachfrage sowie ein vorsichtiges Disponieren des Handels preisdrückend. Die Verbilligung einzelner ausländischer Rohstoffe unterstützte diese Entwicklung.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* ist von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 1% (von 838 auf 830; März 1938 = 100) gesunken und liegt damit um 1·5% unter dem bisherigen Höhepunkt (Dezember 1951: 843). Zwar ist der Gruppenindex für Nahrungs- und Genußmittel von Mitte Jänner bis Mitte Februar wieder etwas (von 756 auf 758) gestiegen, weil saisongemäße Verteuerungen von Weizen, Roggen und Mais eingetreten sind; der Gruppenindex für Industriestoffe hingegen ist um 2·5% (von 986 auf 961) gesunken. Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Leder, Blei, Zink, Benzin und erstmalig auch Brennholz wurden billiger, Petroleum teurer.

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 0,9% (von 708,2 auf 701,6; April 1938 = 100) zurückgegangen. Insbesondere hat die Verbilligung (Preissenkungsaktion) von Schuhen (um 5,3%) und Seife (Kernseife um 11,8%) den Index gedrückt, aber auch die saisonbedingte Verbilligung der Eier (um 3,5%), Preisrückgänge bei den im Index erfaßten Fleischsorten (der Aufwand für Fleisch und Wurst sank um 2,9%) und bei Brennholz (7,9%) spielten eine Rolle. Teurer wurden nur Obst (Äpfel um 5,6%), Marmelade und Hülsenfrüchte (um 1,6% und 1,1%).

Eine weitere Senkung der Lebenshaltungskosten stößt indessen auf wachsende Schwierigkeiten. Wohl werden Saisoneinflüsse und die niedrige Konsumentennachfrage weitere Preissenkungen erzwingen. Auch die Verbilligung einzelner ausländischer Rohstoffe dürfte sich auf die Lebenshaltungskosten auswirken (so wurde z. B. Importschmalz ab 1. März um 10% billiger). Andererseits zeichnen sich jedoch in verschiedenen Bereichen Preisauftriebstendenzen ab. So hat die Kaffeemittelindustrie nach dem Stichtag der Indexerhebung (Mitte Februar) die Preise ihrer Produkte um rund 15 bis 20% erhöht¹⁾, weiters sollen wegen der hohen Holzpreise Möbel teurer werden²⁾. Vor allem aber hemmt die labile Lage des Budgets weitere Preissenkungen. Nach Erhöhung einiger Zölle mit einem erwarteten Mehrbetrag von 70 Mill. S pro Jahr und des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer (Mehreinnahmen 200 Mill. S) läßt sich nunmehr die bereits im Voranschlag 1952 vorweggenommene Neuregelung der Gütertarife der Bundesbahnen nicht mehr länger aufschieben. Sie soll dem Staat etwa 1 Mrd. S Mehreinnahmen bringen und wird zusammen mit den höheren Mineralölpreisen die Transportkosten erheblich steigern³⁾.

¹⁾ Als Begründung wurden die starke Verteuerung des Bohnenkaffees und der Gerste angeführt.

²⁾ Nur der zur Zeit sehr schleppende Absatz dürfte die Möbelerzeuger davon abgehalten haben, schon jetzt die Preise zu erhöhen. Sobald sich der Absatz belebt, ist damit zu rechnen.

³⁾ Die Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer vom 26. Februar steigert den Benzinpreis um 24,2%, den Gasölpreis um 19,6% und den Petroleumpreis um 15,9% (jeweils Letztverbraucherpreis). Diese Maßnahme zielt nicht zuletzt darauf ab, die Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße so zu beeinflussen, daß die Gütertarife der Eisenbahn ohne die Gefahr eines entscheidenden Verlustes an Transportvolumen erhöht werden können. (Siehe auch „Die Erhöhung der Mineralölsteuer und ihre Auswirkungen“ in diesem Heft, S. 52.)

In der Berichtsperiode blieben der freie *Gold- und Silberpreis* ebenso wie alle freien *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum und die „schwarzen“ Devisenkurse unverändert.

Auch die *Tariflöhne* und *-gehälter* sind im Februar gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Der Gewerkschaftsbund unterstützt nach wie vor durch Verzicht auf Lohnforderungen die Stabilisierungsbestrebungen der Regierung, da sie erst nach einigen Monaten fühlbare Erfolge zeitigen können. Lediglich in der Ziegelindustrie fanden Verhandlungen über neue Akkordbedingungen statt.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Das *Fleischangebot* in Wien nahm im Jänner saisongemäß weiter zu (Rind-, Kalb- und Schweinefleisch zusammen um 10%) und war bereits um 8% höher als vor einem Jahr. Nur das Angebot von Kalbfleisch war weiterhin knapp⁴⁾, zum Teil weil die alten Stopppreise offiziell noch immer gelten. Da andererseits die Nachfrage saisonbedingt sank⁵⁾, konnten im Jänner und Februar aus Importen kleine Vorräte für den Sommer (900 t Schweinehälften und 700 t Speck) angelegt werden.

Die zunehmende Besserung der Fleischversorgung in den letzten Monaten war nicht zuletzt den erhöhten Einfuhren (insbesondere von Schweinefleisch) zuzuschreiben, die während der Fleischkrise im Sommer und Herbst abgeschlossen wurden, teilweise aber erst später durchgeführt werden konnten. Insgesamt wurden im 2. Halbjahr 1951 rund 4.700 t Fleisch (einschließlich Lebendvieh umgerechnet auf Fleisch) im Werte von 63 Mill. S eingeführt (davon rund zwei Drittel im IV. Quartal, fast ein Drittel allein im Dezember), gegenüber nur 2.600 t im Werte von 39 Mill. S im 1. Halbjahr. Obwohl die Einfuhren noch immer bedeutend hinter dem Importplan zurückblieben⁶⁾, konnten sie in den letzten Monaten immerhin durchschnittlich 10 bis 20% des Wiener Verbrauches decken⁷⁾. Außerdem haben die erhöhten Einfuhren offenbar auch die inländischen Lieferungen angeregt, da Preisrückgänge erwartet wurden.

⁴⁾ Im Jänner 1952 wurden 11.644 Kälber nach Wien geliefert, gegenüber 13.363 im Jänner 1951 (-13%).

⁵⁾ Nach den hohen Ausgaben zu den Feiertagen nimmt der Ernährungsaufwand in den ersten Monaten des Jahres allgemein ab, zumal da auch der Fasching und der Wintersport die Ausgabenverteilung stark verschieben.

⁶⁾ Der Fleischversorgungsplan 1951/52 sieht Importe von 18.000 t (bei gleichmäßiger Verteilung 9.000 t im Halbjahr) vor.

⁷⁾ Die Fleischimporte dienen fast ausschließlich der Versorgung Wiens.

Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch im Jahre 1951¹⁾

Art	1. Halbjahr			2. Halbjahr		
	Menge g	Wert S ²⁾	Wert 1.000 S	Menge g	Wert S ²⁾	Wert 1.000 S
Schlachtrinder	716	76	537	23.231	4.821	17.599
Schafe, Lämmer		12	72		11.155	2.951
Fleischschweine	24.753	20.063	24.221	4.492	3.491	4.969
Fettschweine	12.059	8.810	11.420	459	183	466
Schlachtpferde	1.009	257	352		2.277	4.586
Schweinefleisch, frisch	603	—	722	17.189	—	23.855
Rindfleisch, frisch ...	130	—	51	3.623	—	4.526
Innereien	575	—	718	29	—	24
Anderes Fleisch, frisch, übersee. Gefrierf., ..	—	—	—	2.181	—	1.584
Fleischwürste	228	—	1 050	618	—	2.544
Fleischkonserven kommerz.	1	—	1	—	—	—
ERP	200	—	77	—	—	—
Insgesamt...	25.840 ³⁾	—	39.221	46.570 ³⁾	—	63.104

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ Umgerechnet auf Fleisch (ohne Speck) auf Grund durchschnittlicher Ausbeutesätze.

Wegen der besseren Versorgung und der allgemeinen Devisenknappheit wurden seit Dezember außerhalb des Clearingverkehrs mit den Oststaaten keine Fleischeinfuhren mehr bewilligt⁴⁾. Da es nach den bisherigen Erfahrungen auch noch fraglich ist, ob die Oststaaten selbst die geringen Kontingente⁵⁾ erfüllen können, dürften die Einfuhren in den nächsten Monaten wieder stark abnehmen⁶⁾. Andererseits sind die Vorräte viel zu klein, als daß sie die Marktlage im Sommer fühlbar entspannen könnten⁴⁾.

Dank den übersaisonnmäßig sinkenden Importpreisen für Schmalz⁶⁾ wurde der Verbraucherpreis für Importschmalz ab 1. März 1952 von 16 S auf 14'40 S je kg (-10%) herabgesetzt. Obwohl die tatsächlich kalkulierten Importabgabepreise derzeit noch immer um etwa 2 S je kg unter dem festgesetzten Groß-

¹⁾ Von Juli bis November wurden für Fleischeinfuhren aus ERP-Teilnehmerländern und Argentinien rund 3'3 Mill. \$ freigegeben.

²⁾ Für das laufende Vertragsjahr sind u. a. folgende Einfuhrkontingente festgesetzt: aus Ungarn 2.000 Rinder und 25.000 Schweine (im Vorjahr 48.000 Schweine und Rinder im Werte von 1'75 Mill. \$), aus Polen 15.000 Schweine (10.000 im Vorjahr). Die Tschechoslowakei hat ebenso wie im Vorjahr kein festes Kontingent für Schweinelieferungen vereinbart. Demgegenüber rechnet der Fleischimportplan u. a. mit der Einfuhr von 60.000 Schweinen aus Ungarn, 25.000 aus Polen und 10.000 aus der Tschechoslowakei.

³⁾ Schon im Februar sanken die Zufuhren von ausländischen Schweinen nach Wien von 8.900 auf 1.200 Stück. Obwohl die Anlieferungen von importiertem Schweinefleisch von 52 t auf 102 t stiegen, war das gesamte Fleischangebot aus dem Ausland um 45% niedriger als im Vormonat.

⁴⁾ Die 900 t eingelagertes Schweinefleisch entsprechen dem Schweinefleischverbrauch Wiens von etwa 10 Tagen.

⁵⁾ Von Anfang Dezember 1951 bis Ende Februar 1952 sanken die Importpreise frei Grenze für Schmalz von durchschnittlich (gewogen mit den importierten Mengen) 9.118 S je t auf 7.728 S je t (-15%).

handelseinstandpreis (11'32 je kg) liegen⁶⁾, hat man die Preise nicht stärker herabgesetzt, weil man die weitere Entwicklung der Einfuhrpreise noch nicht übersehen kann und auch die Preisrelationen zwischen den verschiedenen Fettarten nicht noch mehr verzerrt werden sollten. Außerdem schien die Gelegenheit günstig, aus den Abschöpfungsbeiträgen gewisse Reserven für andere Preisverbilligungen zu schaffen.

War Schmalz schon nach dem fünften Preis-Lohn-Abkommen relativ billig, so haben sich die Preisrelationen durch die letzte Verbilligung noch mehr zu seinen Gunsten verschoben. Infolge der Rationierung wird sich jedoch die Verbrauchsstruktur dadurch nicht ändern. Auch die freien Preise für inländisches Schmalz dürften von der Verbilligung kaum beeinflußt werden.

Verbraucherpreise einzelner Fettarten in Wien

Art	März 1938		August 1951 ¹⁾		März 1952 ²⁾	
	S je kg	% ¹⁾	S je kg	%	S je kg	%
Schmalz	2'40—2'80	100'0	16'— ³⁾	100'0	14'40 ³⁾	100'0
Speiseöl	1'20—2'40	69'2	11'—	68'8	11'—	76'4
Margarine ...	1'20—1'80	57'7	10'40	65'0	10'40	72'2
Teebutter ...	4'40—5'20	184'6	35'20	220'0	35'20	244'4

¹⁾ Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen oberer und unterer Preisgrenze. — ²⁾ Offizielle Preise. — ³⁾ Importschmalz.

Die erfaßte Marktproduktion von Milch ist im Jahre 1951 zum erstenmal seit Kriegsende (abgesehen vom witterungsbedingten Rückschlag im Jahre 1947) gesunken. Insgesamt kamen 827.000 t Milch legal auf den Markt, gegenüber 886.000 t im Vorjahr (-7%). Die tatsächliche Marktleistung dürfte allerdings weniger (eventuell gar nicht) gefallen sein, da der Direktabsatz⁷⁾ von Milch und Butter (bei erhöhter Verfütterung von Magermilch) offenbar größer war als im Vorjahr. Da die Versorgung mit Trinkmilch nicht nur aus Rentabilitätsgründen stets den Vorrang vor jeder anderen Verwertung hat, wurde vor

⁶⁾ Schon seit Juni konnten fast ständig gewisse Überschüsse der genehmigten Importabgabepreise über die kalkulierten abgeschöpft werden. Ein Teil der Abschöpfungsbeiträge wurde dazu verwendet, die in den vorangegangenen Monaten gewährten Zuschüsse zu den Mischpreisen zu decken; der Rest wurde für andere Preisverbilligungen reserviert.

⁷⁾ Um den Direktverkauf ab Hof einzuschränken, wurde im September 1951 beschlossen, einen Ausgleichsbeitrag von 28 g per Liter direkt abgesetzter Milch einzuheben. Abgesehen davon, daß der Direktverkauf trotzdem rentabler geblieben ist als der Absatz an Molkereien (etwa 1'70 S gegenüber 1'40 S je l), wird der Erfolg dieser Maßnahme auch dadurch sehr geschwächt, daß es kaum möglich ist, den Direktabsatz vollständig zu erfassen. (Der Ausgleichsbeitrag soll für die Differenz zwischen der geschätzten möglichen und der tatsächlich erfaßten Marktproduktion eingehoben werden. Gerade die mögliche Marktleistung wird jedoch nach objektiven Gesichtspunkten kaum richtig ermittelt werden können.)

allem die Erzeugung von Butter und Käse stark eingeschränkt. Während der Absatz von Konsummilch nur von 466.800 t auf 462.500 t (-1%) sank, ging die Marktproduktion von Käse um 1.200 t (-12%), die von Butter sogar um 2.300 t (-15%) zurück. Die Erzeugung von Topfen, für die vielfach auch Magermilch verwendet wird, nahm nur um 100 t (-2%) ab.

Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten¹⁾

	1937	1949	1950	1951 ²⁾	1951 in % von 1937	
		1.000 t			1937	1950
Marktleistung						
Milch insges.	1.405'0	749'5	885'8	826'8	58'8	93'3
Butter	22'0	19'0	16'3	13'9	63'2	85'3
Käse	17'0	7'3	10'1	8'9	52'4	88'1
Topfen	4'5	5'1	5'0	.	97'8
Verbrauch der Nichtselbstversorger³⁾						
Konsummilch	599'0	320'9	466'8	462'5	77'2	99'1
je Kopf in Ag.	116'59	61'29	89'44	88'62	76'0	99'1
Magermilch	132'1	34'7	22'3	.	64'3
je Kopf in Ag.	25'23	6'65	4'27	.	64'2
Butter	18'5	19'0	16'8	14'7	79'5	87'5
je Kopf in Ag.	3'60	3'63	3'22	2'82	78'3	87'6
Käse	13'1	8'7	10'1	9'3	70'7	91'9
je Kopf in Ag.	2'55	1'66	1'94	1'78	69'8	91'8
Topfen	4'5	5'1	5'0	.	97'8
je Kopf in Ag.	0'87	0'98	0'96	.	97'9

¹⁾ Nach den Angaben des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes bzw. des Milchwirtschaftsfonds und der Statistik des Außenhandels. — ²⁾ Vorläufige Zahlen. — ³⁾ Marktleistung plus Einfuhr- bzw. minus Ausfuhrüberschuß.

Der Verbrauch von Butter und Käse sank allerdings weniger als die Marktproduktion (-12% und -8%), da im Jahre 1951 mehr Butter und Käse eingeführt wurden als im Vorjahr (1950: 500 t Butter und 724 t Käse, 1951: 790 t Butter und 745 t Käse) und die Ausfuhr von Käse bedeutend geringer war (1950: 704 t, 1951: 333 t). Andererseits verminderte sich der gesamte Verbrauch von Trinkmilch stärker als der Absatz von Konsummilch (von 512.800 t auf 490.800 t um 4%), da die Nachfrage nach Magermilch (von 34.700 t auf 22.300 t) und eingeführter Trockenmilch (von 1.023 t auf 482 t) gesunken ist.

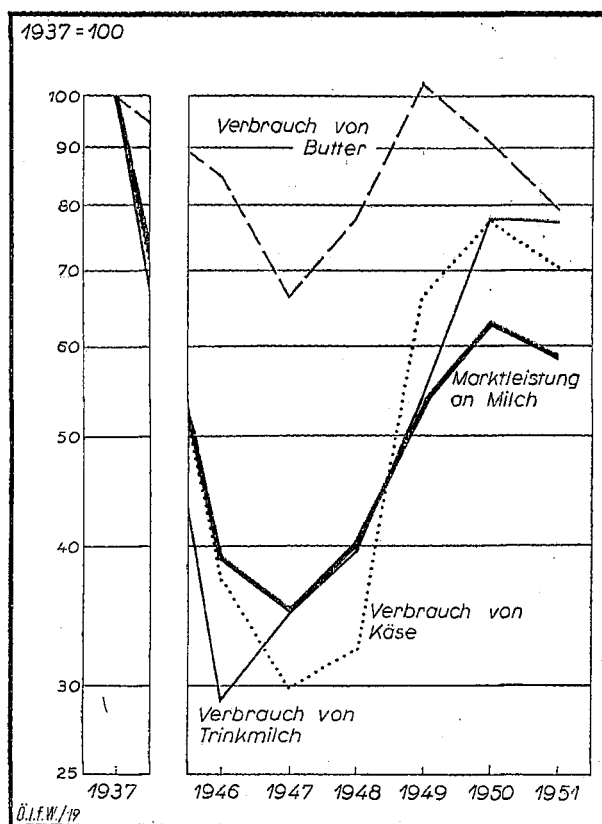
Je Kopf der etwa 5'22 Mill. Nichtselbstversorger wurden im Jahre 1951 durchschnittlich 88'6 kg Konsummilch, 2'8 kg Butter und 1'8 kg Käse verbraucht, d. s. trotz teilweise minderer Qualität erst 76% (Milch), 78% (Butter) und 70% (Käse) des an und für sich geringen Verbrauches von 1937¹⁾. Die Anlieferungen von Vollmilch nach Wien²⁾ waren im Jänner 1952 um 2% höher und im Februar trotz ungünstigen Witterungsverhältnissen gleich hoch wie im Vorjahr. Es wird allerdings befürchtet, daß die Maul- und Klauenseuche gerade die Produktionsspitzen im Frühjahr stärker beeinträchtigen wird.

¹⁾ Demgegenüber wurden z. B. in Westdeutschland i. J. 1951 schon 100 l Milch und 6 kg Butter je Kopf der Bevölkerung verbraucht.

²⁾ Angaben über die gesamte Marktleistung liegen für Jänner und Februar noch nicht vor.

Marktleistung und Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten

(Logarithmischer Maßstab; 1937 = 100)



Der Verbrauch von Trinkmilch und Molkereiprodukten hat sich nach dem Kriege sehr ungleich entwickelt. In den ersten Nachkriegsjahren hat man den Butterkonsum sehr forciert (1949 erreichte er schon 102% von 1937), später wurden dagegen — nicht zuletzt aus Rentabilitätsgründen — der Trinkmilchabsatz und die Erzeugung von Käse bevorzugt. Während der Butterkonsum seit 1949 stark sank, nahm der Verbrauch von Trinkmilch und Käse bis 1950 sprunghaft zu und ging auch im Jahre 1951 relativ wenig zurück. Dadurch hat sich die Verbrauchsstruktur wieder weitgehend den Vorkriegsverhältnissen genähert, das Verbrauchsniveau erreichte im Jahre 1951 allerdings erst 71% (Käse) bis 80% (Butter) von 1937. Da im Jahre 1937 ein Teil der Marktleistung an Milch in Form von Butter und Käse ins Ausland ging, während in den letzten Jahren Butter und Käse eingeführt wurden und sich außerdem die Qualität der Produkte teilweise verschlechtert hat, liegt das Niveau der Marktproduktion unter dem des Verbrauches der einzelnen Produkte.

Da die Butterproduktion durch die Abfettung der Konsummilch und das Erzeugungs- und Verbrauchsverbot für Kaffee- und Schlagobers, das ab 21. Jänner wieder verfügt wurde, zunahm, die Nachfrage nach den Feiertagen dagegen merklich nachließ, hat sich die Versorgungslage in letzter Zeit etwas entspannt. Außer den vorbestellten 20 dkg je Kopf und Monat ist Molkereibutter vielfach auch frei erhältlich, teilweise zu legalen, teilweise zu freien Preisen,

die allerdings bedeutend niedriger sind als im Dezember (40 bis 44 S je kg). Das freie Angebot dürfte nur zum Teil aus nicht eingelösten Bezugsrechten wenig kaufkräftiger Konsumenten stammen. Offenbar ist jedoch das verfügbare Angebot (insbesondere in den Bundesländern) derzeit höher als der Bedarf auf Grund der festgelegten Zuteilung (1.200 t monatlich).

Die Bemühungen, die Nahrungsmittelimporte zu verringern, werden durch die Erhöhung der Zuckerproduktion von 103.300 t in der Kampagne 1950/51 auf 143.200 t im Jahre 1951/52 sehr erleichtert. Für das Zuckerwirtschaftsjahr 1951/52 (1. November 1951 bis 31. Oktober 1952) wird der gesamte Zuckerbedarf von den zuständigen Behörden auf rund 186.000 t geschätzt (im Wirtschaftsjahr 1950/51 wurden 169.000 t verbraucht), und zwar 119.500 t für Rationen (ab Jänner 9.964 t monatlich), 36.000 t für verarbeitende Betriebe (26.500 t Industrie, 6.500 t Gewerbe, 1.500 t Fremdenverkehr, 1.000 t Werksküchen und 500 t gelegentliche Verarbeiter), je 2.000 t für Imker und Weinbauern, 11.500 t für Prämien (8% der Produktion) und 15.000 t für freien Absatz an Konsumenten¹⁾.

Da am 1. November 1951 noch ein Vorrat von 7.500 t vorhanden war, beträgt der Importbedarf trotz der geplanten Konsumerhöhung um 10% nur 35.300 t, während im Wirtschaftsjahr 1950/51 (1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951) noch 88.000 t eingeführt wurden²⁾. Der Importbedarf erhöht sich allerdings auf 42.800 t, wenn man den Vorrat erneuern will. Von den in Aussicht genommenen Importen waren bis Ende Februar 29.300 t abgeschlossen oder teilweise schon durchgeführt, und zwar 7.850 t aus der ČSR, 8.165 t aus Ungarn, 4.000 t aus Polen, 3.000 t aus Jugoslawien und 6.300 t (Weißzuckerwert) aus Peru und Cuba. Der restliche Einfuhrbedarf (6.000 t bzw. 13.500 t) soll ausschließlich aus den Oststaaten [insbesondere ČSR³⁾] gedeckt werden.

Da die Einfuhren aus den Oststaaten im Clearing verrechnet werden, belasten die Zuckerimporte in diesem Jahr kaum den Devisenhaushalt⁴⁾.

¹⁾ Im vergangenen Jahr wurden nur 6.500 t Zucker freigegeben. Diese Menge erwies sich jedoch als zu gering, um ein starkes Anziehen der Preise in der Einkochzeit zu verhindern. In den veranschlagten 15.000 t sind außerdem auch jene Mengen einkalkuliert, die nicht erfaßt werden können.

²⁾ Ein Teil davon wurde allerdings auf Lager genommen und diente der Versorgung in den Monaten Juli bis Oktober (siehe auch Nr. 10 der Monatsberichte, Jg. 1951, „Verbrauch von Zucker- und Süßwaren in Österreich“, S. 521 ff.).

³⁾ Im neuen Handelsvertrag mit der ČSR wurde ein Zuckereinfuhrkontingent von 20.000 t vereinbart.

⁴⁾ Gesamtwirtschaftlich wäre es freilich besser, Rohzucker einzuführen und im Inland zu verarbeiten.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Die *Herbstaaten* kamen fast durchwegs ohne größere Schäden über den Winter. Die Böden konnten, da sie mit Schnee bedeckt und nicht gefroren waren, genügend Wasser aufnehmen und speichern. Die Feuchtigkeitsverhältnisse für den Anbau von Sommergetreide sind daher sehr gut.

Aber auch die übrigen Bedingungen für den *Frühjahrsanbau* sind heuer günstig: Das Ackerland wurde bereits im Herbst gepflügt; qualitativ hochwertiges Saatgut ist, wenn auch nicht ausreichend, so doch in größeren Mengen als im Vorjahre verfügbar; die vorgesehenen Mengen Mineraldünger dürften voraussichtlich schon bis Ende März voll ausgeliefert sein. Da neben den ausländischen Handelsdüngern heuer auch inländischer Kalkammonsalpeter (Nitromoncal) und ein großer Teil des Saatgutes verbilligt an die Landwirtschaft abgegeben wird, ist anzunehmen, daß die Produktionsmittel in den verfügbaren Mengen beim Frühjahrsanbau voll eingesetzt werden.

Der Aufwand von *Saatgut* und *Düngemitteln* ist in Österreich im ganzen freilich noch stark steigerungsfähig. Wenn der Verbrauch an Zuchtsaatgut vervielfacht und der Kunstdüngerverbrauch verdoppelt würde, könnten die Flächenerträge um 15 bis 20% gehoben werden, ohne Kostensteigerungen nach dem Gesetz des abnehmenden Bodenertragszuwachses befürchten zu müssen. Die Kosten könnten dadurch im Gegenteil sogar gesenkt werden, da die Preisrelationen zwischen diesen (verbilligten) Produktionsmitteln und den landwirtschaftlichen Produkten zur Zeit überaus günstig sind. Ein Programm zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion wird jedenfalls die Gewinnung von mehr und besserem Saatgut und die Beschaffung von mehr Handelsdüngern als Hauptpunkte enthalten müssen. Bisher beschränkte man sich darauf, durch verbilligte Abgabepreise einen Anreiz für den Einsatz dieser Produktionsmittel zu schaffen, das Mengenproblem wurde jedoch nur unzureichend gelöst.

Der verstärkte Einsatz von Produktionsmitteln allein wird aber nicht ausreichen, das Defizit in der österreichischen Ernährungswirtschaft fühlbar zu verringern. Der Einfuhrbedarf an Lebens- und Futtermitteln muß auch durch einen *Mehranbau von Brotgetreide sowie von Früchten, die große Nährstoffmengen je Flächeneinheit liefern* (Körnermais, Kartoffeln, Zuckerrüben), verringert werden.

Obwohl bisher weder die Ergebnisse der *Anbauflächen-* und *Ertrags*erhebungen des Erntejahres

1950/51 von den zuständigen Stellen publiziert wurden, noch jene der Aussaat vom Herbst 1951, wurde doch bekannt, daß die Getreideflächen im Jahre 1951 ganz bedeutend hinter jenen von 1950 zurückgeblieben sein sollen. Nach Angaben der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark¹⁾ wurde im Jahre 1951 Brotgetreide von nur 405.000 *ha* geerntet gegen 473.000 *ha* im Jahre 1950 und 612.000 *ha* im Jahre 1937. Da das Long-Term-Programm für 1952 eine Brotgetreidefläche von 576.0000 *ha* vorgesehen hatte, erhebt sich die Frage, ob man angesichts dieses gewaltigen Rückganges des Brotgetreidebaues selbst bei Gewährung höherer Getreidepreise hoffen kann, daß das präliminierte Produktionsniveau in absehbarer Zeit überhaupt erreicht wird.

Es gibt indessen mehrere Gründe, die es wahrscheinlich machen, daß der Anbauflächenschwund nicht ganz so groß ist, wie er von der Landeskammer angegeben wird. So hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Herbstsaat von Weizen und Roggen im Jänner 1951 mit 439.500 *ha* angegeben. Wohl fielen Flächen durch Überflutungen und Auswinterung aus, doch waren diese Verluste sicherlich nicht so groß, daß schließlich nur noch 405.000 *ha* Brotgetreide insgesamt verblieben, zumal in dieser Fläche auch noch Wintermenggetreide sowie Sommerroggen und Sommerweizen enthalten sind. Weiters ist es unwahrscheinlich, daß die Brotgetreidefläche im Jahre 1951 kleiner war als im Jahre 1946 (435.408 *ha*), unmittelbar nach Kriegsende. Bekanntlich mußten seit 1947 Zuschläge zu den Ergebnissen der Anbauflächenerhebung und den Schätzungen der Ernteberichtersteller berücksichtigt werden, weil Ablieferungsleistung und Eigenverbrauch der Landwirtschaft zusammen größer waren als der statistisch errechnete Ernteertrag. Diese Zuschläge unterblieben aber im Jahre 1951, offenbar weil angenommen wurde, daß die Ziffern der Erntemittlung schon weitgehend mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Demgegenüber stellte man z. B. in Westdeutschland auf Grund jährlich durchgeführter *Kontrollhebungen* hinsichtlich Anbauflächen und Erträge nach einem Stichprobenverfahren fest, daß die Ergebnisse aus der amtlichen Anbauflächenerhebung und Ernteschätzung durch Berichtsersteller wohl von Jahr zu Jahr besser an die Ergebnisse der Kontrollerhebung herankommen, mit diesen aber noch nicht übereinstimmen. Dort wurden auch noch für die Ernte 1951 Zuschläge berücksichtigt, und zwar sowohl zu den Durchschnittserträgen als auch zu den gemeldeten Anbauflächen²⁾. Da wirklichkeitsnahe Schätzungen über die Höhe der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur für

¹⁾ Informationsdienst der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, Nr. 1, Jg. 1952.

²⁾ Siehe „Getreideernte in Bayern“ in „Bayern in Zahlen“, Heft 12, Jg. 1951.

Planungen auf dem Gebiet der Ernährung und des Außenhandels, sondern auch für volkswirtschaftliche Bilanzen überaus wichtig sind, wäre es von großem Vorteil, wenn auch in Österreich Kontrollerhebungen über Anbauflächen und Durchschnittserträge nach einem Stichprobenverfahren durchgeführt werden könnten. Die der Agrarstatistik, wie übrigens jeder anderen Statistik, anhaftenden Fehler könnten auf ein erträgliches Maß verringert werden, und die Statistik würde zu einem brauchbaren Instrument der Wirtschaftspolitik. Auch für die Landwirtschaft selbst wären hieb- und stichfeste Angaben über die Höhe ihrer Produktion von Vorteil, da sie nachweisen könnte, daß es sich lohnt, Investitionen in einem größeren Umfange durchzuführen und Kredite hierfür einzusetzen.

Wenn es daher auch wahrscheinlich ist, daß die Verluste an Ackerland und Getreideflächen nicht ganz so groß sind, so besteht doch für das laufende Jahr kaum noch die Möglichkeit, den *Brotgetreideanbau* auszudehnen, da Saatgut von Sommerroggen fast nicht erhältlich ist und der Anbau von Sommerweizen mit Erfolg nur auf tiefgründigen und nicht zu trockenen Böden möglich ist. Der Anbau von Gerste, Hafer und Körnermais sowie von Speisekartoffeln und Zuckerrüben wird dagegen sicherlich gesteigert werden, da auch die Preise dieser Produkte relativ hoch liegen.

Anbauflächen von Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben¹⁾

Fruchtart	1926/35	1934/38	1946 1.000 <i>ha</i>	1950	1952 ²⁾
Weizen	215	250	200	218	250
Roggen	382	367	229	249	320
Wintermenggetreide	3	4	6	6	6
Brotgetreide	600	621	435	473	576
Gerste	162	163	115	134	160
Hafer	306	289	199	208	261
Körnermais	61	66	52	59	70
Sommermenggetreide	6	5	9	8	8
Futtergetreide	535	523	375	409	499
Kartoffeln	193	207	156	184	205
Zuckerrüben	37	43	16	29	42

¹⁾ Nach der „Statistik der Ernte“ und den Angaben des Österr. Statist. Zentralamtes. — ²⁾ Anbauflächenplanung nach dem Long-Term-Programm des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Gerade vor dem Frühjahrsanbau wäre es aber besonders wichtig zu wissen, ob und in welchem Umfang in Zukunft noch verbilligte Maiseinfuhren möglich sein werden. Das setzt allerdings Klarheit über die künftige Agrar- und Preispolitik voraus. Könnte man der Landwirtschaft bereits jetzt sagen, daß sie im Wirtschaftsjahr 1952/53 mit höheren Erzeugerpreisen für Weizen und Roggen rechnen kann, dafür aber auf den Bezug verbilligten Futtergetreides aus dem Ausland verzichten muß, dann würden rechtzeitig entsprechend mehr Flächen mit Körnermais, Kartoffeln und Zuckerrüben bestellt und die eigenen Futtervorräte so vermehrt werden können, daß ein etwaiges Ausbleiben teuren Auslandfutters keine stärkere Einschränkung der Viehhaltung notwendig machen würde.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Energieversorgung war im Jänner weiterhin günstig. Die gesamte Stromerzeugung betrug rund 466 Mill. kWh und war damit um 12% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die inländische Kohlenförderung erreichte mit 250.696 t (SKB) ihren bisherigen Höchststand nach dem Kriege und die Kohleneinfuhr betrug 565.517 t (SKB).

Infolge des plötzlichen Kälteeinbruchs in den südlichen Bundesländern konnten die Laufwasserwerke nur 163 Mill. kWh Strom erzeugen und die Speicher- und Dampfkraftwerke mußten stärker herangezogen werden, um den hohen Bedarf befriedigen zu können. Die kalorische Stromerzeugung erreichte mit 185 Mill. kWh die bisher höchste Monatsleistung (40% der gesamten Erzeugung). Da jedoch ein Teil mit Erdgas und Heizöl erzeugt wurde und die Kohlenanlieferungen weiterhin planmäßig erfolgten, verringerten sich die Brennstoffvorräte in den Dampfkraftwerken bis 31. Jänner 1952 nur mäßig auf 246.437 t. Der Vorrat an Heizöl ging auf 1.929 t zurück. Damit dürfte die Stromversorgung in den kommenden Monaten bis zum Frühjahr gesichert sein.

Der Stromverbrauch war mit 439 Mill. kWh der bisher höchste und um 11% größer als im Jänner 1951.

Die Stromein- und -ausfuhr war mit 5 und 31 Mill. kWh unerheblich.

Die inländische Braunkohlenförderung hat trotz Winterwetter im Jänner mit 467.600 t einen neuen Rekordstand erreicht.

Die Kohleneinfuhren sind gegenüber Dezember um 14,8% auf den bisher zweithöchsten Stand von 565.517 t (SKB) gestiegen. Während die Steinkohleneinfuhr besonders stark zunahm (23%), blieben die Braunkohlen- und Koksimporte hinter der Vormonatsmenge zurück. Die amerikanischen Lieferungen von Steinkohle waren diesmal besonders groß (236.628 t), die von Ostrauer Koks gingen stark zurück.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Jänner 790.344 t Kohle (SKB), das sind 192% von 1937 und 12% mehr als im Dezember, zur Verfügung.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Industrieproduktion ging im Dezember wegen der Häufung von Feiertagen übersaisonnmäßig (um 18%) stark zurück. Während der Rückgang bei den Produktionsmittelindustrien geringer war (12%), ging die Konsumgütererzeugung um 26% zurück. Der Gesamtindex sank auf 150% von 1937, den niedrigsten Stand seit Jänner 1951. Da die Beschäftigung im Be-

richtsmonat nur um 0,2% zurückging, fiel der Produktivitätsindex um 18% auf 88% von 1937.

Im Jänner dürfte — nach den bisher verfügbaren Daten — die Industrieproduktion wieder gestiegen sein, aber nicht das Niveau vom November erreichen.

Der Index der Bergbauproduktion stieg im Jänner wieder um 1,4%. Vor allem die Kohlen- und (Eisen)Erzförderung nahm trotz dem Winterwetter stark zu.

Im Magnesitbergbau betrug die Produktionssteigerung im Jänner 2%. Mit Ausnahme von Sintermagnesit wurde in allen Positionen mehr erzeugt.

Der Produktionsindex der eisenschaffenden Industrie stieg im Jänner um 6% auf 198,8% von 1937 und erreichte damit einen neuen Höchststand. Die Roheisen- und Rohstahlproduktion brachte neue Rekordleistungen und auch die Walzwarenerzeugung lag nur knapp unter der höchsten Monatsproduktion von Oktober 1951.

Am 1. Februar 1952 wurden gleichzeitig die neue kontinuierliche Knüppelstraße in Donawitz und das neue Kaltbandwalzwerk in Krieglach in Betrieb genommen. Die Knüppelstraße liefert Halbzeug und ist nach der Blockstrecke die zweite Etappe im Zuge der geplanten Investitionen der Alpine Montan Gesellschaft, die durch die schwere Profilstraße beendet werden sollen. Das Kaltbandwalzwerk wird eine Erzeugung von 18.000 t im Jahr ermöglichen.

Wegen der überhöhten Auftragsbestände hat das Walzstahlbüro alle Bestellungen aus der Zeit vor dem 30. Juni 1950 storniert und unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit von Neubestellungen gegeben. Im Jahre 1952 wird für jeden Kunden ein Lieferkontingent vorgesehen.

Die Erzeugung der Metallhütten ging im Dezember nur mehr um 1,6% zurück. Die Aluminiumproduktion sank schon im Vormonat auf die Wintermenge und dürfte diesen Stand bis zur besseren Stromanlieferung im März halten.

Die Jahreserzeugung der Metallhütten war um 35,3% höher als 1950. Vor allem die Aluminium- (+ 46,6%), aber auch die Kupfer- und die Bleierzeugung waren viel höher als im Jahre 1950.

Das Aluminiumhalbzeugwerk in Ranshofen vollendete im Jahre 1951 den Aufbau seiner Erzeugungsstätten. Das Werk verwalzte bis Jahresende 10.000 t Aluminium zu Blechen, Bändern und Profilen, von denen die Hälfte exportiert wurde.

Die Bewirtschaftung von Metallen wurde auf Rohzink, Rohzinn und Rohnickel ausgedehnt und verschärft.

Die *Gießereiproduktion* ging im Dezember besonders stark zurück (-20,7%), da zahlreiche Betriebe in der Zeit zwischen 24. Dezember und 2. Jänner stillstanden.

Trotz oftmaligen Schwierigkeiten in der Rohmaterialbeschaffung und Koksversorgung war die Jahresleistung 1951 um 24,4% höher als im Jahre 1950. Besonders die Erzeugung von Grau-, Temper- und Stahlguß nahm dank der sehr großen Nachfrage um 22,7%, 129,9% und 42% zu.

Auch der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* ging im Dezember um 19% auf 189,8% von 1937 zurück. Es wurde in allen Positionen weniger erzeugt.

Nach den endgültigen Ziffern war der Gesamtindex für 1951 um 23,5% höher als im Vorjahr. An dieser Mehrleistung haben die Steyrwerke den größten Anteil. Ihre Produktion erreichte den höchsten Stand seit Ende des Krieges. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten ist auf 12.500 gestiegen, 8.500 sind allein in Steyr tätig. Der Ausstoß ist im einzelnen von 1950 auf 1951 wie folgt gestiegen: Diesel-LKW von 1.260 auf 1.800, Zweizylinder-Traktoren von 2.600 auf 4.000, Kugellager von 4 auf 5 Millionen Stück, 125-ccm-Motorräder von 10.000 auf 14.500 Stück.

Die Produktion der *Maschinenindustrie* ging im Dezember um 10,8% auf 239,1% von 1937 zurück. Die Entwicklung war in den einzelnen Positionen uneinheitlich.

Die Sensenindustrie ist gut beschäftigt. Der Export geht nach wie vor hauptsächlich in die osteuropäischen Staaten.

In der *Elektroindustrie* ging der Produktionsindex um 7,3% auf 252,3% von 1937 zurück. Die Entwicklung war bei den einzelnen Erzeugnissen unterschiedlich. Gegenüber 1950 war die Gesamterzeugung im Jahre 1951 um 20,9% höher.

Infolge der allgemein günstigen Konjunktur konnte die Elektroindustrie mehr als doppelt soviel erzeugen wie vor dem Kriege. Insbesondere die Starkstromindustrie ist durch die laufenden Großinvestitionen im Inland gut beschäftigt und entwickelt auch eine rege Exporttätigkeit. Aber auch die Erzeugung von Radioapparaten, Meßgeräten, Zählern und anderen Produkten der Schwachstromindustrie gestaltete sich überaus günstig.

Die *Baustoffproduktion* ist im Dezember um weitere 6,8% gesunken. Neben dem saisongemäßen Rückgang in der Ziegelproduktion war auch die Zementerzeugung wegen Überholung der Anlagen geringer.

Der Produktionsindex der *chemischen Industrie* war im Dezember um 17,9% niedriger als im November. Während die Erzeugung von Kalkammonsalpeter und Ätznatron sogar geringfügig gestiegen war, wurde in allen anderen Positionen weniger erzeugt.

Die gesamte Mehrerzeugung im Jahre 1951 betrug 7,5%. Vor allem die Produktion von Düngemitteln, Ätznatron, Soda, Kautschukwaren und Zellwolle nahm stark zu, während bei Zündhölzern (Exportschwierigkeiten) und Karbid sogar weniger erzeugt wurde als 1950.

Die Semperitwerke haben ihre Produktion im Vorjahr auf mehr als 20.000 t steigern können. Rund 100 Mill. S wurden seit 1945 investiert, davon 25 Mill. S aus Counterpart-Mitteln. Die Anlagen konnten von Grund auf modernisiert werden. Das Unternehmen beschäftigte Ende 1951 5.554 Arbeiter und 1.102 Angestellte. Dank der Marshall-Hilfe war die Rohstoffversorgung bisher zufriedenstellend.

Der Index der *Papierindustrie* stieg im Jänner wieder um 6,2% auf 112,5% von 1937.

Der Produktionsindex der *Leder- und Schuhindustrie* ging im Dezember um 17,5% auf 82,3% von 1937 zurück. Die gesamte Erzeugung des Jahres 1951 war um 13,1% größer als im Jahre 1950, lag aber noch immer um 6% unter dem Vorkriegsniveau.

Der Anfall von inländischen Häuten betrug im Jahre 1951 15.000 t und deckte zwei Drittel des Bedarfes der Lederfabriken.

Infolge der Arbeitsausfälle in der Weihnachtszeit ging die *Textilproduktion* um 14,6% zurück.

Die Gesamtproduktion der Textilindustrie war im Jahr 1951 um 16,8% größer als 1950 und damit um 10% höher als vor dem Kriege. Der Anteil der Zellwolle am Rohstoffverbrauch der Baumwoll- und Wollindustrie hat stark zugenommen. Dank besserer Rohstoffversorgung konnte die Produktion in der Bastfaserindustrie stark gesteigert werden. Auch die Strick- und Wirkwarenerzeugung nahm zu.

Die Lenzinger Zellwolle A. G. erzeugte im Jahre 1951 41.780 t Zellwolle, um 35% mehr als im Vorjahr. Das Werk arbeitet derzeit mit einer Durchschnittsleistung von 120 Tonnen im Tag mit seiner vollen Kapazität.

Der Index der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* blieb im Dezember annähernd gleich.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der seit einigen Monaten ruhigere Geschäftsgang im Einzelhandel hat sich im Jänner weiter abgeschwächt. Die Umsätze nahmen gegenüber Dezember

um 55% ab. Dieser Rückgang entspricht zwar ungefähr der Saisonbewegung, war jedoch größer als im Jänner 1951 (-46%). Die Mengenumsätze, die schon im Dezember den Vorjahresstand im allgemeinen nicht mehr erreichten, waren im Jänner im Durchschnitt bereits um etwa 15% niedriger als vor einem Jahr¹⁾. In einigen Branchen waren sogar die Wertumsätze niedriger (bis zu 30%) als im Jänner 1951. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Umsätze im Jänner 1951 durch Gerüchte über Bewirtschaftungsmaßnahmen und steigende Preistendenzen stark überhöht waren. Andererseits hätte man von den heuer sehr umfangreichen Inventur- und Saisonräumungsverkäufen²⁾ einen gewissen Ausgleich erwartet.

Die Wende in der bis gegen Ende 1951 ständig steigenden Umsatzbewegung ist einerseits eine Reaktion auf die übersteigerte Nachfrage der Hausperiode vorher, andererseits aber auch die Folge einer konjunkturellen Abschwächung, die mit den verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen eingeleitet wurde. Infolge der wachsenden Sparneigung decken die Konsumenten im allgemeinen nur ihren laufenden Bedarf oder nehmen vereinzelt sogar eine abwartende Haltung ein. Dadurch beginnt sich auch die Saisonbewegung wieder zu normalisieren.

Der Rückgang der Umsätze war branchenweise sehr verschieden. Gegenüber dem Vormonat ließ die Nachfrage erwartungsgemäß in jenen Branchen am stärksten nach, die ein relativ gutes Weihnachtsgeschäft hatten (insbesondere Gruppe „Sonstiges“). Gegenüber Jänner 1951 sanken vor allem die Umsätze jener Warengruppen, die im Vorjahr von der Kaufwelle am stärksten erfaßt waren (Textilien und Bekleidung, Möbel und Wohnbedarf).

Die Käufe von *Lebensmitteln* nahmen ebenso wie im Vorjahr gegenüber Dezember um 46% ab. Obwohl die Erlöse um 26% höher waren als im Jänner 1951, war das Umsatzvolumen infolge der Preissteigerungen um etwa 7% geringer. An *Tabakwaren* wurden um 19% (im Vorjahr um 16%) weniger umgesetzt als im Dezember; als einzige erzielte diese Branche um 13% höhere Realumsätze als im Jänner 1951. Im *Textilhandel* sanken die Erlöse gegenüber Dezember um 61%, wovon allerdings ein Teil auf

Preissenkungen vor allem bei den Inventur- und Saisonräumungsverkäufen entfallen dürfte. Obwohl die Textilpreise seit Jänner 1951 um etwa 20% gestiegen sind, haben die Wertumsätze um 30% abgenommen; die Mengenumsätze sind um über 40% gesunken. Auch die Umsätze von *Schuhen* gingen im Jänner um 62% (im Vorjahr um 42%) zurück und erreichten wertmäßig nur 86% von Jänner 1951. Da die Preise seither um etwa 24% stiegen, ist das Umsatzvolumen um rund 30% gefallen. Die Nachfrage nach *Möbeln und Wohnbedarf* nahm gegenüber Dezember um 55% (im Vorjahr um 41%) ab. Die Erlöse waren trotz Preissteigerungen von mehr als 30% um 12% niedriger als im Jänner 1951; die Realumsätze haben daher um etwa 30% abgenommen. In der Gruppe „*Sonstiges*“ sanken die Umsätze um 77% und waren, da die Nachfrage nach diesen Waren im Vorjahr kaum überhöht war, wertmäßig um 24% höher, mengenmäßig um durchschnittlich 5% geringer als im Jänner 1951.

An *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) gingen im Jänner 457 Mill. S ein, um 6% mehr als im Vormonat. Der im Vergleich zur Entwicklung der Einzelhandelsumsätze geringe Zuwachs (der Index der Einzelhandelsumsätze stieg im Dezember nach den endgültigen Ergebnissen um 63%) erklärt sich teilweise daraus, daß die Dezember-Umsatzspitze nur im Einzelhandel so ausgeprägt ist, während sich das Weihnachtsgeschäft in den vorgelagerten Stufen auf mehrere Monate verteilt. Offenbar werden aber auch noch Nachtragszahlungen eingehen.

Die Einnahmen an *Verbrauchssteuern* sanken im Jänner um 9% auf 130 Mill. S. Abgenommen haben vor allem die Eingänge an Tabaksteuer (-12%) und Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag -20%), während der Ertrag der Weinsteuern (einschließlich Weinverbrauchsabgabe +31%), Bier (+20%) und Zuckersteuer (+34%) saisonbedingt zunahm.

Die legalen Umsätze von *Tabakwaren* nahmen im *Jahre 1951* mengen- und wertmäßig weiter zu. Insgesamt hat die Tabakregie i. J. 1951 67 Mrd. Zigaretten, 67 Mill. Zigarren, 1.453 t Rauchtobak und 25 t Schnupftobak oder — umgerechnet auf Tobak mittels durchschnittlicher Gewichte aus der Vorkriegszeit — insgesamt 8.159 t abgesetzt gegenüber 7.460 t im Vorjahr (+9%). Dieser Zuwachs entfällt vor allem auf Zigaretten (+12%) und Zigarren (+16%), während der Absatz von Tabaken wieder sank. Obwohl der Zigarettenabsatz schon um 58% höher war als vor dem Krieg, erreichte der legale Tabakwarenkonsum, weil der Verbrauch von Rauchtobak und Zigarren

¹⁾ Der Gesamtindex des Einzelhandels war im Jänner 1952 nur um 6% höher als im Jänner 1951. Dagegen sind die Kleinhandelspreise der im Umsatzindex erfaßten Warengruppen in der gleichen Zeit im Durchschnitt (gewogen nach dem Schema des Umsatzindex) um etwa 25% gestiegen.

²⁾ Da die verschiedenen Sonderverkäufe auch noch im Februar durchgeführt wurden, werden endgültige Ergebnisse darüber erst für den nächsten Monatsbericht zur Verfügung stehen.

stark gesunken ist, erst 94% von 1937¹⁾). Da der Schwarze Markt i. J. 1951 kaum noch eine größere Rolle spielte, erreichte auch der gesamte Tabakwarenverbrauch offenbar noch immer nicht ganz den Vorkriegsstand²⁾.

Inlandsumsätze der Tabakregie

Jahr	Zigaretten Mill. St	Zigarren	Rauch- tabak	Schnupf- tabak	Umsätze insg. ³⁾ Mill. S
1937	4.211'3	103'1	4.102'2	97'0	281'5
1948	4.001'3	65'2	414'3	26'5	1.530'1
1949	4.779'9	60'0	1.276'2	27'0	1.368'6
1950	5.973'1	58'2	1.459'0	25'3	1.591'9
1951	6.668'9	67'4	1.452'5	24'5	1.774'6
1951 in % von 1937 ..	158'4	65'4	35'4	25'3	630'4
1951 in % von 1950 ..	111'6	115'8	99'6	96'8	111'5

³⁾ Konsumentenwert.

Die Verkaufserlöse der Tabakregie nahmen i. J. 1951 um 11'5% auf 1'77 Mrd. S zu. Da an Tabaksteuer einschließlich Aufbauszuschlag 1'07 Mrd. S eingingen, läßt sich eine durchschnittliche Steuerbelastung von 60'3% gegenüber 62'7% im Vorjahr errechnen. Dieser Rückgang erklärt sich offenbar damit, daß sich die Nachfrage weiter auf billige Zigaretten (der durchschnittliche Zigarettenpreis sank i. J. 1951 abermals um 1%) und teilweise auch auf Zigarren verschoben hat³⁾.

Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1951

Im Jahre 1951 stiegen die Umsätze des Einzelhandels um 33% auf ungefähr 26 Mrd. Schilling. Da die Kleinhandelspreise der im Umsatzindex erfaßten Warengruppen (nach dem Lebenshaltungskostenindex des Instituts) von 1950 auf 1951 (Monatsdurchschnitte) um etwa 27% gestiegen sind, ist das Umsatzvolumen kaum um mehr als 5% gewachsen⁴⁾.

¹⁾ Der wertgewogene Mengenindex des Tabakwarenkonsums (gewogen mit den Durchschnittspreisen 1937) erreicht allerdings infolge des erhöhten Verbrauches der relativ teureren Zigaretten schon 122% von 1937.

²⁾ Unter der Annahme, daß 300 Mill. Zigaretten illegal abgesetzt wurden, erreichte der gesamte Tabakwarenkonsum erst 97% von 1937.

³⁾ Die Belastung des Zigarettenpreises mit Tabaksteuer, Aufbauszuschlag und Tabakmaterialsteuer nimmt von den teuersten zu den billigsten Sorten von 74'3% auf 71'5% ab. Vom Zigarrenpreis entfallen 61'5% auf Tabaksteuer und Aufbauszuschlag. Daß die durchschnittlich errechnete Belastung niedriger ist als die der einzelnen Waren (der Preis für Zigaretten-Tabak ist mit 75%, für Pfeifentabak mit 66% belastet), erklärt sich vor allem aus den zeitlichen Verschiebungen zwischen Absatz und Steuereingängen. Die Entwicklungstendenz kann durch diese Durchschnittszahlen dennoch ziemlich richtig wiedergegeben werden.

⁴⁾ Die Veränderung der Realumsätze kann mangels entsprechender Preisindizes nur größenordnungsmäßig geschätzt werden. Aber auch nach den Berechnungen des Konsum-

Ebenso wie in den Vorjahren war die Umsatzerhöhung in den Warenhäusern (+ 46%) und den Konsumgenossenschaften (+ 41%) stärker als im Fachhandel (+ 32%). Dadurch hat sich der Anteil dieser Großunternehmungen an den gesamten Einzelhandelsumsätzen weiter erhöht. Diese Entwicklung beruht teils auf Betriebserweiterungen [Konsumgenossenschaften⁵⁾], teils auf Verschiebungen der Einkommens- und Nachfragestruktur zugunsten jener Konsumentenschichten, die für den Kundenkreis dieser Betriebsformen ausschlaggebend sind (Arbeiter, kleinere Angestellte). Außerdem sind anscheinend die Großunternehmen infolge günstigerer Kostenstruktur (vertikale Betriebszusammenschlüsse), intensiverer Werbung, umfangreicherer Warenkredite auch wettbewerbsmäßig gegenüber dem Fachhandel im Vorteil.

Der Umsatzzuwachs war in den einzelnen Branchen sehr verschieden. Überdurchschnittlich stark war er bei Schuhen (+ 55%), Möbeln und Wohnbedarf (+ 43%) sowie Textilien (+ 35%). Schaltet man die Preisveränderungen aus, so war der Absatz von Schuhen um etwa 24%, von Möbeln und Wohnbedarf um 15% und von Textilien um 4% höher als im Vorjahr. Die Zunahme der Erlöse im Lebensmittelhandel (+ 30%) beruht fast ausschließlich auf Preissteigerungen. Dagegen sind die Umsätze von Tabakwaren wert- und mengenmäßig gleich stark gestiegen (+ 12%), da die Preise nicht erhöht wurden. Die Umsätze der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten entbehrlicheren Waren nahmen wertmäßig um 34%, mengenmäßig um etwa 7% zu. Besonders gering war die Nachfrage nach Parfümerie- und Drogeriewaren (+ 6%) und Lederwaren (+ 14%).

Änderungen der Preisrelationen und Umschichtungen der Nachfrage haben die Umsatzstruktur in den

Indizes der Einzelhandelsumsätze⁴⁾

Betriebsform bzw. Branchengruppe	1949	1950 1948 = 100	1951	1951 in % von 1950
Fachhandel	131'9	148'5	195'8	131'9
Warenhäuser	193'1	248'7	363'0	146'0
Konsumgenossenschaften	150'5	184'6	259'4	140'5
Einzelhandel insgesamt	133'5	151'5	200'9	132'7
davon				
Nahrungs- und Genußmittel ...	125'4	145'4	187'1	121'2
Textilien und Bekleidung	167'6	187'5	263'5	140'5
Möbel und Wohnbedarf	151'1	158'6	227'0	143'1
Sonstiges	105'9	117'2	157'3	134'2

⁵⁾ Institutsberechnung.

niveaus hat der mengenmäßige Verbrauch von landwirtschaftlichen und gewerblichen Konsumgütern, die hauptsächlich im Umsatzindex enthalten sind, im Jahre 1951 um rund 4% zugenommen.

⁵⁾ Die Zahl der Konsumgenossenschaftsfilialen, die schon von Anfang 1947 bis Ende 1950 um 100 (von 1.215 auf 1.315) gestiegen ist, nahm im Jahre 1951 weiter um 43 (auf 1.358) zu.

letzten Jahren beachtlich zugunsten von Bekleidung (insbesondere Schuhe) und dauerhaften Konsumgütern (insbesondere Möbeln, Teppichen, Gardinen) verschoben. Während im Jahre 1948 von den gesamten Einzelhandelsumsätzen schätzungsweise 20% auf Bekleidung und 8% auf Möbel und Wohnbedarf entfielen, erhöhten sich diese Anteile in den folgenden Jahren auf 26% und 10%. Diese Verlagerung ging hauptsächlich zu Lasten von Tabakwaren und anderen Waren des elastischen Bedarfs. Obwohl der mengenmäßige Absatz der Tabakregie ständig stieg¹⁾, fiel der Anteil von Tabakwaren an den Gesamtumsätzen von 12% im Jahre 1948 bis auf 7% im Jahre 1951, vor allem weil die Preise für Tabakwaren bis 1949 stark sanken und seither gleichgeblieben sind. Auf die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten entbehrlicheren Konsumgüter (Parfumerie- und Drogeriewaren, Lederwaren, Papierwaren) entfielen im Jahre 1948 noch etwa 12%, in den folgenden Jahren aber nur 9% der gesamten Einzelhandelsumsätze. Das Gewicht der Lebensmittelumsätze ist, abgesehen von einer geringfügigen Zunahme im Jahre 1950 (erste Reaktion auf die weitgehende Freigabe des Nahrungsmittelkonsums), gleichgeblieben.

Prozentanteil der einzelnen Branchengruppen an den Einzelhandelsumsätzen¹⁾

Branchengruppen	1948	1949	1950	1951
			%	
Lebensmittel	48	48	49	48
Tabakwaren	12	8	8	7
Textilien	16	20	18	18
Schuhe	4	6	7	8
Möbel, Teppiche, Gardinen	4	6	5	6
Hausrat, Glas, Porzellan	4	3	4	4
Parfumerie- und Drogeriewaren	4	3	3	2
Lederwaren	2	1	1	1
Übriges	6	5	5	6

¹⁾ Schätzung des Institutes.

Aus den Verschiebungen der Umsatzstruktur kann man im allgemeinen erkennen, daß die Konsumenten mit der Verbesserung des Warenangebotes und infolge der knappen Kaufkraft wieder rationaler wirtschaften. Während in den ersten Nachkriegsjahren relativ viel für entbehrliche Güter und Dienstleistungen ausgegeben wurde, konzentrierte sich die Nachfrage in den letzten Jahren zunehmend auf lebenswichtige und dauerhafte Konsumgüter.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.15

Die Zahl der Beschäftigten ging im Jänner 1952 um 57.300 und im Februar um 24.600 auf 1,875.000 zurück. Im Vorjahr betrug der Jännerrückgang 50.100; der Beschäftigtenstand Ende Jänner 1952 war

um 36.700 höher als im Vorjahr. Der Beschäftigungsrückgang erfaßte diesmal — in geringfügigem Ausmaße — auch die Angestellten (allerdings nur die weiblichen) und die im Bergbau Beschäftigten, deren Zahl seit einem Jahr nicht mehr abgenommen hatte.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Jänner um 45.100 auf 197.300 (im Vorjahr um 36.600 auf 220.800). Im Februar nahm sie um weitere 17.800 auf 215.200 zu. Im heurigen Winter hat die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt so wie in den Jahren 1949 und 1950 erst im Februar erreicht, während sie im Jahre 1951 dank dem im ganzen Winter milden Wetter bereits von Mitte Jänner an allmählich sank.

Die Ungunst des Wetters und vereinzelte andere störende Faktoren ließen das Winterbauprogramm nicht die erwarteten Früchte tragen und die Lage gegenüber dem Vorjahr konnte nicht entscheidend gebessert werden. Ende Februar blieb die Arbeitslosigkeit nur mehr um 5.800 hinter dem vorjährigen Höhepunkt zurück. Von den 18.000 Arbeitslosen, die von Ende Jänner bis Ende Februar zuwuchsen, kam aber im Gegensatz zu früheren Jahren nur noch ein kleiner Teil (6.000) aus der Bauindustrie; 12.000 Arbeitslose entfielen schon auf andere Industrien. Vor allem klagt eine Reihe von Konsumgüterindustrien über Rückgänge im Export, aber auch im Inlandsgeschäft. In Wien, Niederösterreich, Vorarlberg und im Burgenland überschritten die Arbeitslosenzahlen im Februar die Höhepunkte des vorigen Winters. Mißt man die Größe der Arbeitslosigkeit in Prozenten der Berufsträger (Beschäftigte plus Arbeitslose), so betrug sie Ende Februar 1952 10,3%, Mitte Jänner 1951 10,6%.

Genauere Vergleiche mit dem Vormonat sind infolge einer neuen Klassifizierung der Berufe, die mit Jänner 1952 eingeführt wurde und die weiter unten kurz besprochen wird, nicht möglich.

Die Zahl der stellensuchenden Lehrlinge läßt eine weitere Besserung der Lage auf diesem Gebiet erkennen. Sie sank in den Jahren 1948 bis 1951 von 18.900 auf 16.200, 14.800 und schließlich auf 13.000 (Monatsdurchschnitte). Von Dezember 1951 bis Ende Jänner 1952 sank sie um 630 auf 7.256 und war um 2.654 niedriger als vor einem Jahr. Im gleichen Zeitpunkt war die Zahl der offenen Lehrstellen (4.105) um 1.288, die Zahl der besetzten Lehrstellen (1.841) um 206 größer als im Jänner 1951.

Änderung der Berufssystematik in der Arbeitslosenstatistik

Beginnend mit Jänner 1952 wurde der Arbeitsmarktstatistik eine neue Berufssystematik zugrunde gelegt. Das bisher verwendete „Berufsverzeichnis für die Arbeitseinsatz-

¹⁾ Siehe auch S. 48 in diesem Heft.

statistik 1943“ wurde durch das logisch ausgebaut und den österreichischen Berufsverhältnissen besser entsprechende „Systematische Verzeichnis der Berufe“ ersetzt, das vom Österreichischen Statistischen Zentralamt i. J. 1951 aufgestellt wurde. Die nach Berufen aufgegliederten Zahlen der Stellensuchenden, offenen Stellen und Stellenvermittlungen sind nunmehr mit den Daten der Vormonate nicht mehr streng vergleichbar. Ein wichtiger Unterschied gegenüber der alten Gliederung liegt vor allem darin, daß bis Dezember 1951 die Hilfsarbeiter ganz allgemein als eigene Berufsgruppe ausgewiesen wurden, während sie nach der neuen Systematik jener Berufsklasse zugewiesen werden, in der sie ständig tätig sind, und nur die Hilfsberufe allgemeiner Art (Verlader, Diener, Hilfsarbeiter wechselnder Art) eine eigene Klasse bilden. Es wurden in den Anhangtabellen, die von dieser Änderung betroffen sind (Nr. 7.10, 7.11 und 7.15), die Arbeitslosenzahlen früherer Monate bei jenen Berufen belassen, wo sich durch die neue Systematik nur geringe Verschiebungen ergeben, sie wurden aber dort gestrichen, wo selbst eine ungefähre Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Der Güterverkehr der Bundesbahnen war im Monat Jänner vor allem infolge großer Kohlen- und Holztransporte sehr hoch. Die Leistungen blieben mit 590¹ Mill. netto-*t-km* und 150.207 Wagengestellungen (Voll- und Schmalspur) nur um 5% unter dem Dezemberergebnis, gegenüber einem saisonüblichen Rückgang von durchschnittlich 17%. Da die Tonnenkilometer-Leistungen in den Vergleichsmonaten 1950 und 1951 um 27 und 20%, die Wagengestellungen um 30 und 15% überschritten wurden, setzte sich auch zu Jahresbeginn der langsam steigende Trend des Frachtaufkommens fort.

Obwohl die Wagenanforderungen im Jänner geringer waren als im Dezember und zu 95⁵% gedeckt werden konnten, blieb die Wagenlage der Bundesbahnen doch sehr gespannt. Die starke Beanspruchung des überalterten Wagenparkes während des außergewöhnlich lebhaften Herbstverkehrs hat die Zahl der Schadwagen sprunghaft erhöht. Sie betrug im Tagesdurchschnitt (Jänner) 3.345 Wagen und zwang die ÖBB, in größerem Umfang auf Fremdwagen zurückzugreifen. Von den beladenen Vollspurwagen entfielen 17⁴% auf Wagen fremder Bahnverwaltungen, für die erhebliche Devisenbeträge für Miete freigestellt werden müssen. Die schon durch den Herbstverkehr verursachten beträchtlichen Mietschulden (sie waren um zirka 56% höher als i. J. 1950) zeigen die Notwendigkeit, den Wagenpark zu erneuern und zu verstärken, wenn die ÖBB der erhöhten Frachtraumnachfrage entsprechen und diese Devisenausgaben auf ein Mindestmaß beschränken soll.

Unter den beförderten Güterarten herrschten im Jänner Kohle, Holz, Eisen, Metalle sowie Baustoffe vor. Die Holztransporte nahmen vor allem in der zweiten Monatshälfte infolge sprunghaft steigender Holzexporte zu und erforderten eine Wagenstellung von 22.840. Stärker als üblich waren auch die Wagenanforderungen für den Import von Getreide aus Triest und den Export von Stickstoff nach und über Deutschland.

Wagengestellungen nach Güterarten im Jänner 1952

	Vollspur	Schmalspur	Summe	Anteil %
Insgesamt.....	143.877	6.330	150.207	100 ⁰
davon				
Kohle, Koks	24.328	272	24.600	16 ⁴
Holz	19.391	3.449	22.840	15 ²
Baustoffe	14.517	118	14.635	9 ⁷
Eisen, Metalle	10.977	78	11.055	7 ⁴
Erze	6.238	4	6.242	4 ²
Kunstdünger	5.319	99	5.418	3 ⁶
Nahrungsmittel	7.541	661	8.202	5 ⁵
Strückgut	26.365	715	27.080	18 ⁰
Anderc	29.301	834	30.135	20 ⁰

Die Zuckerrübenkampagne, die — später als vorgesehen — am 8. Jänner abgeschlossen wurde, ergab für die Bundesbahn ein Frachtaufkommen von 836.667 *t*, für das 44.996 Wagen bereitgestellt wurden. Da in der Kampagne 1951/52 den Fabriken 1.062.700 *t* angeliefert wurden, sind rund 20% des Aufkommens mit Straßentransportfahrzeugen (Lkw und Traktorzug) befördert worden. Die Rückfracht belief sich auf 172.721 *t* Naßschnitt (Rübenschnitzel) und 30.032 *t* Trockenschnitt, so daß während der Kampagne insgesamt 1⁰⁴ Mill. *t* Rüben und Rübenschnitzel mit der Bahn befördert wurden.

Der Personenverkehr ist im Monat Jänner saisonüblich zurückgegangen. Die Zahl der verkauften Karten betrug 4⁹¹ Mill. Stück (5⁶⁵ im Dezember), d. i. etwas weniger als im Jänner 1951 (5⁰⁴ Mill.).

Die Verhandlungen über die Regelung des Wettbewerbsproblems sowie der damit zusammenhängenden Gütertarifierhöhung stehen kurz vor dem Abschluß. Das letzte, allerdings noch nicht definitive Verhandlungsergebnis sieht eine Tarifsteigerung im Bahnverkehr um 50% (Klasse G des Regeltarif) bis 143% (Klasse A) vor, wodurch das Werttarifsystem wieder stärker zur Geltung kommt. Auch in der Entfernungsstaffel soll durch eine Erhöhung der Degression von bisher maximal 61% auf 90% sowie einer differenzierteren Zonenstaffelung (5 Zonen gegen 3 Zonen bisher) dem Werttarifgedanken Rechnung getragen werden. Außerdem sollen der Durchfuhrtarif und der Deckwagenzuschlag (5% des Frachtbetrages) wegfallen. Die Mehreinnahmen der ÖBB würden sich nach diesem Vorschlag auf 900 Mill. S belaufen, von denen allerdings 150 Mill. S wieder der

Wirtschaft in Form von Ausnahmetarifen (für lebenswichtige Güter) zugute kommen sollen. Gegenüber der im Budget präliminierten Einnahmensteigerung von 1 Mrd. S wären demnach nur 750 Mill. S per Jahr zu erwarten, d. h. im laufenden Budgetjahr schätzungsweise 550 Mill. S, sofern die Tarifreform am 1. April in Kraft tritt.

Diese Tarifänderungen, insbesondere die starke Erhöhung der Tarifklassen (A–D) für hochwertige Güter (Schwergewicht des Wettbewerbes), sollen durch eine Beförderungssteuer für Straßentransporte über 65 km ermöglicht werden.

Vorgesehene Änderungen der Tarifsätze

Klassen	Erhöhung um ...%	Horizontale Staffel	
		Klassenspanne derzeit	Vorschlag
Stückgut	115	—	—
A	143	100'0	100'0
B	133	89'0	85'6
C	123	80'7	74'0
D	113	73'9	64'6
E	93	67'2	53'2
F	70	60'5	42'1
G	50	53'8	33'0

Vertikale Staffel

Entfernung km	Vorschlag Kürzung %	Derzeit	
		Entfernung km	Kürzung %
1–300	—	1–300	—
301–500	49	301–550	49
501–600	60	551–1.000	61
601–700	80		
701–1.000	90		

Die Erhöhung der Mineralölsteuer und ihre Auswirkungen

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 26. Februar beschlossen, den Zuschlag zur Mineralölsteuer bei Benzin von 92 auf 184 Schilling je 100 kg und bei Dieselöl von 36 auf 72 Schilling zu erhöhen. Einschließlich der Steuer würde demnach die fiskalische Belastung für Benzin 230 Schilling und für Dieselöl 90 Schilling betragen, d. s. 70% und 67% mehr als gegenwärtig und das Neunfache des Standes vom 18. Mai 1949, als das gegenwärtig gültige Mineralölsteuergesetz erlassen wurde. Da die damals eingeräumten Befreiungen für Landwirtschaft und gewisse Gewerbebetriebe inzwischen bis auf geringe Ausnahmen aufgehoben wurden¹⁾, werden von der beabsichtigten Erhöhung alle Verbrauchergruppen betroffen.

Die vorgesehene Steuererhöhung würde den Literpreis an der Tankstelle (Preis ab Pumpe) für Benzin von S 2'85 auf S 3'54 (24'2%) und für Dieselöl von S 1'58 auf S 1'89 (19'6%) erhöhen²⁾. Da jedoch

¹⁾ Für die Landwirtschaft ab 1. August 1951.

²⁾ Der Preis für Dieselöl ist infolge der verschiedenen Transportkosten in 4 Zonen gestaffelt und versteht sich für die niedrigste Zone I.

voraussichtlich am 1. April die Bahntarife hinaufgesetzt werden (für Benzin und Dieselöl um zirka 140%) und außerdem die Preissteigerung bei den Tankstellen usw. vermehrte Kapitalkosten (Lagerung) bedingt, so daß auch die Provisionen³⁾ erhöht werden dürften, wird der Verbraucherpreis noch um weitere 5 bis 10% steigen.

Entwicklung der Kraftstoffpreise

Datum	Benzin Groschen je Liter	1937 = 100	Diesel (Zone I)		Kohle ¹⁾ März 1938 = 100	
			Datum	Groschen je Liter		1937 = 100
4. 11. 37	70	100'0	1937	35	100'0	—
7. 8. 46	65	92'9	10. 5. 46	35	100'0	—
1. 6. 47	73	104'3	17. 5. 47	39	111'4	—
13. 8. 47	130	185'7	13. 8. 47	74	211'4	—
23. 10. 49	148	211'4	23. 9. 49	78	222'9	354
10. 5. 50	188	268'6	10. 5. 50	93	265'7	450
1. 7. 50	200	285'7	5. 9. 50	108	308'6	476
5. 9. 50	213	304'3	—	—	—	—
4. 6. 51	238	340'0	1. 1. 51	115	328'6	543
1. 8. 51	292	417'1	4. 6. 51	133	380'0	790
1. 1. 52	285	407'1	1. 8. 51	158	451'4	856
Neuer Preis		Neuer Preis				
I ²⁾	354	505'7	I	189	540'0	
II ²⁾	379	541'4	II	202	577'1	

¹⁾ Großhandelspreis; Steinkohle, Braunkohle, Koks. Monatsdurchschnitte für die bei Diesel angegebenen Zeitpunkte. — ²⁾ Ohne Berücksichtigung der Tarif- und Provisionserhöhung. — ³⁾ Einschließlich der Tarif- und Provisionserhöhung (Schätzung).

Die Verteuerung von Benzin und Dieselöl war in den Nachkriegsjahren erheblich geringer als die von festen Brennstoffen. Während im Jänner 1951 der Preisindex für Kohle bei 856 lag (März 1938 = 100), betrug er für Benzin 407'1 und Dieselöl 451'4 (November 1937 = 100). Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß einerseits die Versorgung mit Dieselöl nahezu vollständig und mit Benzin im Jahre 1951 zu 85% (1950: 67%) aus der heimischen Produktion erfolgte, und andererseits auch die Weltmarktpreise (USA) Ende 1951 nur doppelt so hoch waren (Index für Benzin 216'6, Diesel 224'0) wie im Jahre 1938. Überdies hat die fiskalische Belastung die Preisbewegung nachhaltig beeinflußt, wie die Veränderung des Steueranteiles am Preis zeigt.

Der Anteil von Steuer und Steuerzuschlag am Literpreis ab Pumpe

	Anteil %	Benzin Steuer-index	Preis-index	Anteil %	Dieselöl Steuer-index	Preis-index
Oktober 1949	13'2	100'0	100'0	10'9	100'0	100'0
Juni 1951	24'6	300'0	160'8	19'2	300'0	170'5
Jänner 1952	36'3	530'7	192'6	29'1	540'0	202'6
Neuer Preis	48'7	884'6	239'2	40'5	900'0	242'3

³⁾ Gegenwärtige Provisionssätze für Benzin und Dieselöl

Abgabestelle	Benzin Groschen je Liter	Dieselöl Groschen je Liter
Großgaragen		
eigene Anlagen	26'0	16'0
teilweise eigene Anlagen	21'5	13'5
Oropanlage	18'5	12'5
Tankstellen		
eigene Anlagen	18'5	13'0
teilweise eigene Anlagen	16'0	11'5
Oropanlage	14'5	10'5
Durchschnitt	22'0	14'0

Nach den geplanten Sätzen würde der Steueranteil am Literpreis für Benzin auf 49% und für Diesel auf 41% steigen, gegenüber 13% und 11% im Oktober 1949. Der neue österreichische Benzinpreis wäre nach dem italienischen und französischen der höchste in Europa und würde den Preis in rohölproduzierenden Ländern um fast 100% übersteigen.

Tankstellenpreise für Benzin im Februar 1952

Land	in Landeswährung	in Schilling (Prämienkurse)	Preis in Österreich = 100 gegenwärtiger	zukünftiger ¹⁾
Österreich	2'85	2'85	100'0	100'0
Belgien	5'50	2'75	96'5	72'6
Dänemark	0'81	2'28	80'0	60'2
England	9'45	2'34	82'1	61'7
Frankreich	59'20	4'14	145'3	109'2
Holland	0'38	2'29	80'4	60'4
Italien I	128'00	5'12	179'6	135'1
„ II ²⁾	90'00	3'60	126'3	95'0
Luxemburg	5'55	2'78	97'5	73'4
Norwegen	0'93	2'61	91'6	68'9
Schweden	0'56	2'30	80'7	60'7
Schweiz	0'63	3'76	131'9	99'2
Westdeutschland	0'65	3'52	123'5	92'9
USA	7'33	1'90	66'7	50'1
Argentinien ³⁾	1'00	1'84	64'6	48'5
Brasilien ³⁾	1'90	1'43	50'2	37'7

¹⁾ Voraussichtlicher Preis einschließlich der Fracht- und Provisionserhöhung; ²⁾ 3'79 S. — ³⁾ Für Touristen. — ³⁾ Umrechnung zum freien Devisenkurs 1 Peso = 7'1 Cents, 1 Cruzeiros = 5'5 Cents.

Die geplante Steuererhöhung beruht vor allem auf fiskalischen Erwägungen und hängt mit dem Schiene-Straße-Problem nur insoweit zusammen, als die erhoffte Mehreinnahme von 200 Mill. S dem Straßenbau zugeführt werden soll. Die Mineralölsteuer ist auch als Mittel zur Wettbewerbsregelung aus verschiedenen Gründen ungeeignet: sie kann keine auch nur annähernde Tarifgleichheit erzwingen, trifft Verbraucher, die außerhalb des Wettbewerbsproblems stehen (Landwirtschaft, standfeste Motoren in Betrieben, Straßenverkehr mit Pkw und Kraftrad), läßt das Ausmaß der Straßenbenützung (Pkw und 10-t-Lastzug) unberücksichtigt und wirkt prohibitiv auf die allgemeine Motorisierung und Mechanisierung.

Die Preissteigerungen (Benzin rd. 27%, Diesel rd. 23%) werden die Kosten des Straßenverkehrs, der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe mit hohem Verbrauch an Mineralölprodukten stark erhöhen, und gegebenenfalls einer weiteren Mechanisierung der Landwirtschaft entgegenwirken. Überdies zeigen internationale Produktivitätsvergleiche, daß die Überlegenheit gewisser Wirtschaftszweige in den USA nicht zuletzt auf niedrigen Kosten für flüssige Brennstoffe beruht. Es wäre daher eher angebracht, die in Österreich ohnehin geringen natürlichen Kostenvorteile, wie sie z. B. durch die heimische Erdölproduktion gegeben sind, zu erhalten, anstatt sie durch fiskalische Maßnahmen zu beseitigen.

Die Preissteigerung kann aber auch zu einem Verbrauchsrückgang führen, wodurch der fiskalische Erfolg in Frage gestellt ist. So hat z. B. in Deutschland die übermäßige Besteuerung des Kraftstoffes dazu geführt, daß im Jahre 1951 der Benzinverbrauch nur um 3% höher lag als 1933, während die Zahl der in Betrieb befindlichen Fahrzeuge (nur Benzinfahrzeuge) um 44% zugenommen hat. In Österreich haben zwar die bisherigen Erhöhungen der Kraftstoffpreise keinen Nachfragerückgang ausgelöst; es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich die neuen Preise nicht ähnlich wie in Deutschland auswirken werden.

Verbrauch von Kraftstoffen in Österreich

Jahr	Benzin		Dieselöl	
	Insgesamt	dav. Import	Insgesamt	dav. Import
1937	143.000	141.800	46.000	40.000
1947	44.399	—	78.988	—
1948	68.719	35.569	127.206	7.720
1949	102.157	34.657	112.660	—
1950	121.127	36.897	149.000	7.600
1951	183.366	27.866	186.700	—

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Die Ausfuhr ging im Jänner saisonbedingt um 150 Mill. S auf 847 Mill. S zurück. Dieser Rückgang war geringer, als saisonmäßig zu erwarten war, so daß der saisonbereinigte Ausfuhrindex gegenüber dem Vormonat beträchtlich zunahm (um 18%). (Allerdings war die Ausfuhr im Dezember nicht so stark gestiegen wie in früheren Jahren.) Das Volumen der Jännerausfuhr war mit 99 (1937 = 100) um 7% kleiner als im Jänner 1951.

Zu dem relativ günstigen Ergebnis im Jänner trugen viel die Exporte von Stickstoffdünger bei, die sich bereits im Dezember von ihrem Tiefstand in den Herbstmonaten erholt hatten und nun mit einem Exportwert von 61'7 Mill. S die bisherigen Höchstwerte weit überflügelten. Amerika, Polen und Frankreich waren die Hauptabnehmer. Auch die Exportmengen von Eisen und Stahl lagen im Jänner weit über denen in früheren Monaten. Sie spielten im Verkehr mit allen wichtigeren Handelspartnern eine Rolle; größere Lieferungen gingen vor allem nach Amerika, Westdeutschland und Italien. Hingegen gab es bei vielen anderen Warengruppen kleinere und größere Rückschläge. Besonders stark war der Rückgang in der Textilien- und Bekleidungsausfuhr, die nicht nur weit hinter jedem Monatsergebnis des Vorjahres zurückblieb, sondern nicht einmal den Durchschnitt des Jahres 1950 [weder mengen- noch wertmäßig (!)] erreichte.

Die Lockerung der Einfuhrbestimmungen Westdeutschlands machte sich im Jänner bereits bemerkbar; die Ausfuhr dorthin stieg von 135'8 Mill. S im

Dezember auf 157'1 Mill. S im Jänner. Leider kam jedoch diese erleichterte Ausfuhr nach Westdeutschland zunächst noch nicht — wie nach der Liberalisierung im Herbst 1950 — den unter den heute verschärften Einfuhrbeschränkungen am meisten leidenden Waren zugute¹⁾. 58% der Jännerexporte nach Westdeutschland bestanden aus den derzeit marktgängigsten österreichischen Exportwaren — Holz, Papierzeug, Papier, Eisen und Stahl. Nebst Deutschland trat Frankreich — wo die Importbeschränkungsmaßnahmen noch nicht in Kraft getreten waren — neuerlich als verstärkter Abnehmer auf, und auch mit Belgien erreichte der Außenhandelsverkehr einen neuen Höhepunkt (infolge eines Tauschabkommens, in dessen Rahmen österreichisches Erz und Roh-eisen gegen belgische Knüppel geliefert wird). Hin-gegen fiel die Ausfuhr nach Großbritannien auf nahezu die Hälfte ihres Dezemberwertes.

Die Einfuhr erreichte im Jänner wieder einen Höhepunkt. Sie stieg um 129 Mill. S auf 1.393 Mill. S. Auch volumenmäßig war die Einfuhr mit 116 (1937 = 100) größer als in den Vormonaten. Die kommerzielle Einfuhr übertraf mit 1.130 Mill. S ihren Höchststand vom Dezember um 15 Mill. S und auch die ERP-Einfuhren stiegen wieder beachtlich (von 149 Mill. S auf 263 Mill. S, den höchsten Wert seit Juli vorigen Jahres). Das Defizit gegenüber der EZU betrug im Jänner 2'3 Mill. \$.

Von den Einfuhren stiegen vor allem die aus der Schweiz (Textilrohstoffe, Schrott, chemische Erzeugnisse und Maschinen) und aus Italien (Obst und Gemüse, Baumwollgarne, Schwefel und Personenausautos). Die ERP-Kohlenimporte erreichten mit 223.357 t im Werte von 127'7 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Im Jänner entfielen also 48% des ERP-Importwertes auf Kohlen und 37% der im Jänner importierten Kohlenmengen entstammten dem ERP.

Infolge des Steigens der Einfuhr und des Rückgangs der Ausfuhr stieg der *Einfuhrüberschuß* im Jänner um 279 Mill. S auf 546 Mill. S.

Die Zahlungsbilanz 1951

Die Zahlungsbilanz des Jahres 1951 spiegelt den vergrößerten Waren- und Dienstleistungsumsatz wie auch das Steigen des Preisniveaus wider. Die Ausgänge für Importe und Dienstleistungen stiegen von 510'1 Mill. \$ im Jahre 1950 auf 697'5 Mill. \$ im Jahre 1951, die Einnahmen aus Exporten und Dienstleistungen von 378'1 Mill. \$ auf 523'4 Mill. \$. Das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz hat demnach von

132'1 Mill. \$ auf 174'1 Mill. \$ zugenommen²⁾. Gemessen an den Ausgängen (d. h. an den eingeführten Waren und Dienstleistungen) betrug das Defizit der laufenden Zahlungsbilanz 25'9% i. J. 1950 und 25% i. J. 1951. Im 2. Halbjahr 1951 verminderte es sich mit dem Rückgang der Auslandshilfe von 102'3 Mill. \$ auf 71'8 Mill. \$. Im III. Quartal lag das Defizit bereits unter dem Quartalsdurchschnitt des Jahres 1950, doch stieg es im IV. Quartal wieder.

Nebst den Verpflichtungen, die sich aus dem Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz ergaben, entstanden weitere Devisenerfordernisse durch die Rückzahlung von Krediten (welche die Inanspruch-

Zahlungsbilanz 1949 bis 1951¹⁾

	1949	1950	1951 ²⁾	1951 ²⁾	
				1. Hj.	2. Hj.
	Mill. \$ ³⁾				
A. Laufende Zahlungsbilanz					
(Waren- und Dienstleistungsbilanz)					
Ausgänge					
I. Einfuhren					
Kommerzielle Warenimporte (einschl. indirekte ERP-Hilfe)					
	397'29	357'30	529'37	251'80	277'57
Direkte ERP-Lieferungen	194'20	119'48	122'19	67'00	55'19
Sonstige Hilfslieferungen	10'33	4'21	2'40	1'20	1'20
Strombezüge	1'90	0'61	—	0'00	0'00
Summe I ...	603'72	481'60	653'96	320'00	333'96
II. Dienstleistungen und Zinsendienst					
Fracht und Spedition ...	9'29	15'72	23'44	8'12	15'32
Reiseverkehr	2'61	3'63	5'96	2'33	3'63
Sonstige Dienstleistungen	8'58	8'65	13'74	6'45	7'29
Zinsen	0'58	0'53	0'40	0'23	0'17
Summe II ...	21'06	28'53	43'54	17'13	26'41
Eingänge					
I. Ausfuhren					
Warenexporte	285'86	325'50	447'83	205'46	242'37
Stromlieferungen	5'67	6'42	5'45	2'43	3'02
Summe I ...	291'53	331'92	453'28	207'89	245'39
II. Dienstleistungen und Zinsendienst					
Fracht und Spedition ...	10'01	6'94	7'81	4'49	3'32
Reiseverkehr	3'48	15'05	23'90	7'72	16'18
Sonstige Dienstleistungen	24'29	24'15	37'73	14'41	23'32
Zinsen	—	—	0'72	0'37	0'35
Summe II ...	37'78	46'14	70'16	26'99	43'17
Defizit der laufenden Zahlungsbilanz	295'47	132'07	174'06	102'25	71'81
B. Kapitalbilanz					
Nettoveränderung der Auslandskredite ⁴⁾					
	+ 5'20	— 2'05	— 4'07	+ 0'43	— 4'50
Netto-Veränderung der kurzfrist. Auslandsguthaben u. -verpflichtungen ⁵⁾					
	— 11'05	— 30'27	— 8'43	+ 4'93	— 13'36
ERP, direkte Hilfe	194'20	119'48	122'19	67'00	55'19
ERP, indirekte Hilfe	95'57	83'10	75'56	52'56	23'00
Sonstige Hilfslieferungen ...	10'33	4'21	2'40	1'20	1'20
Unaufgeklärter Saldo	1'22	— 42'40	— 13'59	— 23'87	+ 10'28
Summe B ...	295'47	132'07	174'06	102'25	71'81

¹⁾ Österreichische Nationalbank. — ²⁾ Vorläufige Zahlen. — ³⁾ Mit Rücksicht auf die Änderung des Schillingkurses erfolgte die Aufstellung der Zahlungsbilanzen in fremder Währung. — ⁴⁾ + = Überschuf der in Anspruch genommenen Kredite über rückgezahlte Kredite; — = Überschuf der Kreditrückzahlungen. — ⁵⁾ + = Überschuf der Auslandsverpflichtungen; — = Überschuf der Auslandsguthaben.

¹⁾ Siehe den weiter oben angeführten Rückgang der Textilausfuhr. Auch die Konsumfertigkeiten im allgemeinen schnitten in der Jännerausfuhr nach Westdeutschland schlecht ab.

²⁾ Das Passivum der Handelsbilanz stieg von 149'7 Mill. \$ auf 200'7 Mill. \$, das Aktivum der Dienstleistungsbilanz von 17'6 Mill. \$ auf 26'6 Mill. \$.

nahme von Krediten um 41 Mill. \$ überstieg), durch Vorbezahlung von Importen, Stundung von Exportforderungen und sonstige Ansammlungen von Forderungen im Ausland. Diese drei letzten Posten scheinen nicht nur unter den Nettoveränderungen der kurzfristigen Auslandsguthaben und -verpflichtungen auf (wo sie bilanzmäßig hingehören), sondern dürften auch für den hohen unaufgeklärten Saldo verantwortlich sein, der allerdings zum Teil auch durch die mannigfachen statistischen Fehlermöglichkeiten entstanden sein kann. Der starke Rückgang dieses unauf-

geklärten Saldos von 424 Mill. \$ im Jahre 1950 und 239 Mill. \$ im 1. Halbjahr 1951 (in beiden Fällen auf der Passivseite) auf 103 Mill. \$ (auf der Aktivseite) im 2. Halbjahr läßt vermuten, daß die zusätzlichen Importanzahlungen, die nach dem Ausbruch des Koreakonfliktes sehr gestiegen waren, nun wieder an Bedeutung verloren haben.

Zur Deckung der verschiedenen Zahlungsbilanzabgänge standen im Jahre 1951 1978 Mill. \$ an ERP-Mitteln und 24 Mill. \$ andere Mittel zur Verfügung gegenüber 2026 und 42 Mill. \$ im Jahre 1950.

Die Industrieproduktion im Jahre 1951

Die internationale Rüstungskonjunktur und die inflationistische Entwicklung im Inland boten der österreichischen Industrie im Jahre 1951 ungewöhnlich günstigen Absatz. Da sich auch die Rohstoffknappheit im allgemeinen dank höheren Einfuhren und der Verwendung von Ersatzprodukten weit weniger hemmend erwies, als vielfach befürchtet worden war, konnte die Produktion beachtlich gesteigert werden. Gleichzeitig verschärften aber die von der Inflation herrührende Übersteigerung der Nachfrage, zahlreiche Engpässe in Rohstoffen und Produktionsmitteln und die ihnen zufolge verständliche Neigung, die Investitionen vor allem in der Urproduktion zu verstärken, die Unausgeglichenheit in der Struktur der Industrie. Die Rückkehr zu normalen Nachfragebedingungen einer inflationsfreien Wirtschaft läßt stärkere Anpassungsschwierigkeiten und Reibungsverluste befürchten.

Die Industrie produzierte im Jahre 1951 um 13% mehr als im Jahre 1950 und überschritt damit bereits um 64% das Produktionsvolumen der Vorkriegszeit (1937). Die Steigerung war wohl geringer als in den Vorjahren (59%, 34% und 18% in den Jahren 1948, 1949 und 1950), war aber dennoch größer, als auf Grund des Produktionstrends in den Vorjahren erwartet werden durfte. Die internationale Konjunktur ließ auch im Jahre 1951 die Produktionsmittelerzeugung stärker steigen (um 16% gegenüber 1950) als die Konsumgütererzeugung (um 9%), so daß sich der Abstand zwischen beiden Reihen (siehe Abb. S. 56) weiter vergrößerte. Im Jahresdurchschnitt 1951 erreichte der Produktionsmittelindex 207% von 1937, der Konsumgüterindex hingegen nur 128%.

Am stärksten stieg die Produktion der Metallindustrie (um 35%), der Gießereindustrie (um 24%), der Fahrzeugindustrie (um 24%), der Magnesitindustrie (um 23%), der Elektroindustrie (um 21%), des Bergbaus (um 19%), der Textilindustrie (um 17%) und der Maschinenindustrie (um 15%). Am geringsten war die Steigerung in der chemischen Industrie

(75%), Tabakindustrie (10%), Papierindustrie (10%), eisenschaffenden Industrie (12%) und der Leder- und Schuhindustrie (13%).

Auch gegenüber 1937 hat sich die Produktion sehr verschieden entwickelt. Während die Lederindu-

Produktion, Beschäftigung und Produktivität

	1948	1949	1950	1951	1951 in % von 1950
		1937 = 100			
Produktion	92'3	122'8	145'4	164'0	113'0
Beschäftigung	135'3	149'7	158'3	165'3	104'4
Produktivität	68'2	82'1	91'8	99'3	108'2
Dauerhafte Güter	109'9	151'6	178'6	207'4	116'1
Nicht dauerhafte Güter	75'0	98'3	117'3	128'0	108'8
Bergbau	101'6	116'4	132'4	157'7	119'1
Magnesitindustrie	120'3	151'2	157'6	193'3	122'7
Eisenhütten	106'7	143'9	158'6	177'6	112'0
Metallhütten	161'9	189'8	229'2	310'0	135'3
Gießereien	133'9	156'5	189'5	235'6	124'4
Fahrzeugindustrie	84'2	137'8	167'7	207'1	123'5
Maschinenindustrie	100'4	158'0	195'7	225'5	115'2
Baustoffindustrie	140'5	188'5	215'6	215'7	100'1
Elektroindustrie	102'5	151'2	185'8	224'6	120'9
Chemische Industrie	121'5	155'9	191'5	205'8	107'5
Papierindustrie	69'8	87'1	98'0	107'8	110'0
Leder- u. Schuhindustrie	56'2	77'2	83'6	94'5	113'1
Textilindustrie	50'5	76'6	94'2	110'0	116'8
Nahrungsmittelindustrie	83'4	106'3	117'7	122'5	104'1
Tabakindustrie	85'5	88'5	118'2	129'4	109'5